

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

162 (15.7.1927)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gepollene Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 5 Pfennig. Die Restame-Millimeterzeile 45 Pfennig o. Rabatt nach Zeit, der bei Nichterfüllung des Auftrages, bei geringfügiger Änderung und bei Ausbleiben einer Seite tritt o. Erfüllungserhalt und Geschäftsbesitz in Karlsruhe L. B. o. Schatz der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musik- und Sport- und Spiel- / Heimat- und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenrecht

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Glaspreis 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postzeitung 2020 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. B., Wallstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 111111; Durlach, Weidenstraße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Gangelstraße 28

Nummer 162 Karlsruhe - Freitag, den 15. Juli 1927 47. Jahrgang

Preußen und die Bürgerblockregierung

Annahme der Zollgesetze im Reichsrat

Der Reichsrat hat sich am Donnerstag nachmittags in feierlicher Sitzung mit den durch den Reichstag beschlossenen Zollgesetzen beschäftigt. Gegen das Gesetz zur Erhöhung des Zollsolls erhoben die Mitglieder des Reichsrats den Einspruch. Der Vertreter der preussischen Regierung schloß sich dem Einspruch Hamburg an. In der Abstimmung wurde der Einspruch mit 42 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Gegen den Einspruch stimmten 10 preussische Provinzialvertreter, außerdem u. a. der Vertreter des Freistaates Sachsen. Zur Erläuterung der veränderten Haltung der sächsischen Regierung gab Dr. Gradnauer eine Erklärung ab. Die Regierungsumgestaltung in Sachsen und die Aufnahme eines Deutschnationalen in die Regierung haben also zu einer Veränderung der Haltung der sächsischen Regierung in der Zollfrage geführt. Daraus abgesehen ist es auf die Abstimmung der Vertreter der preussischen Provinzen zurückzuführen, daß eine Mehrheit für den Einspruch nicht zustande gekommen ist.

Nach dieser Abstimmung nahm dann der Reichsrat die vom Reichstag beschlossenen Zollgesetze an. Am Schluß der Reichsrats-Sitzung kam es zu einem durch den jetzigen Innenminister v. Reubell herbeigeführten Zwischenfall. Herr v. Reubell verlas eine längere Erklärung gegen den preussischen Ministerialdirektor Dr. Wadt, der er vorwarf, daß er im Rechtsausschuß des Reichstages die Vertraulichkeit der Ausschüßungen des Reichstages gebrochen hätte und der Reichsregierung zu Unrecht vorgeworfen habe, daß es erst eines Druckes auf sie bedürftig hätte, um eine öffentliche Reichsrats-Sitzung in der Frage des Nationalfeindengesetzes anzu-beraumen.

Herr v. Reubell wies sofort darauf hin, daß es bisher üblich gewesen sei, daß die Reichsregierung, wenn sie Beschwerden über das Verhalten eines preussischen Beamten zu führen habe, sich zu-erst an die preussische Regierung wende. Von einem Druck könne keine Rede sein, da am Vortage der preussischen Erklärung im Reichsausschuß über die Ausschüßungen des Reichstages im Rahmen des Reichstages Bericht erstattet worden sei.

Herr v. Reubell wies darauf hin, daß ihm der preussische Vertreter von seiner Mitteilung im Rechtsausschuß vorher auch keine Mitteilung gemacht habe, worauf Genosse Dr. Wadt sofort erwiderte, daß er die Haltung des preussischen Staatsministeriums gegenüber den Angriffen eines Abgeordneten zu rechtfertigen ge-wünscht hätte und daß es sich nicht um eine vorbereitete Erklärung handelte.

Es wurde beschlossen, den Zwischenfall im Ausschuß des Reichsrats zu besprechen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß der Zwischenfall schon in der öffentlichen Reichsrats-Sitzung in der nächsten Woche erledigt werden wird. Es handelt sich offensichtlich um einen lang vorbereiteten Vorstoß des Herrn v. Reubell gegen den preussischen Ministerialdirektor Dr. Wadt, der ihm schon in der letzten Zeit sehr unangenehm geworden ist. Der Anlaß hierzu ist an den Saaren herbeigekommen.

erzielen. Würde der Einspruch beantragt und abgelehnt werden, so wäre das gleichbedeutend mit einer Demonstration, deren Miß-erfolg sich gegen die Demonstranten selbst richtet. Das kann nie-mand wollen.

Aber nimmt man selbst an, daß eine Zufallsmehrheit im Reichsrat für einen Einspruch erreicht werden könnte, so würde dieses Ergebnis im gegenwärtigen Stadium sich gegen die Wünsche der Zollgegner richten. Die Reichsregierung hat nämlich mit aller Bestimmtheit erklärt, daß sie dann die autonomen Säbe der Vor-lage von 1925, und zwar ohne die darin enthaltenen Ermäßigun-gen in Kraft setzen würde. Ob sie dafür eine genügende Rechts-grundlage hat, mag dahingestellt bleiben. Man weiß doch, daß selbst in wichtigen Fragen die Reichsregierung über juristische Zwangsmaßnahmen nicht gestolpert ist. Hätte sie jedenfalls diese Absicht durchgeführt, so wäre das allgemeine Niveau der Nahrungsmittel-zölle noch höher als nach den Säben des jetzigen Kompromisses. Eine solche Schädigung der Verbraucher kann natürlich eine Re-gierung, die wie die preussische auf die Interessen der großen Volks-massen Rücksicht nehmen muß und deren Nutzen nicht nach Demon-strationen, sondern nach Erfolgen beurteilt wird, keinesfalls ver-antworten.

Einige Aussicht hätte ein Einspruch gehabt — vorausgesetzt, daß er angenommen worden wäre —, wenn man damit den Reichstag zu einer neuen Beschlußfassung hätte zwingen können. Aber der Reichsblock hatte von vornherein und, wie man jetzt sagen muß, mit Erlola darauf hingearbeitet, eine derartige Auseinandersetzung zu verhindern. Er hat die nach dem Zeugnis Siegerwalbs unöf-nischen und unpopulären Wuchersölle erst in einem Augenblick den parlamentarischen Körperschaften vorgelegt, in dem eine laßliche Erledigung nicht mehr in Betracht kam. Eine neue Sommertagung wäre entweder überhaupt nicht oder nur mit schwach befehltem Saute anstange gebracht worden. Unter diesen Umständen war mit Abstimmungsversuchen zu rechnen, deren Ergebnis wieder nur in der Anknüpfung der alten Vorlage bestanden hätte. Das aber mußte auf jeden Fall verhindert werden.

Daß die Lösung die breiten Verbrauchermassen nicht befriedigen kann, ist selbstverständlich. Anstatt aber der preussischen Re-gierung daraus Vorwürfe zu machen, daß sie eine weitere Verschlech-terung der Zollpolitik aus dem Wege zu gehen suchte, wird man besser alle Kraft darauf konzentrieren müssen, daß der Reichstag bei den nächsten Wahlen eine sozialdemokratische Mehrheit erhält. Denn wird es mit dem Zollkrieg bald zu Ende sein. Die Sozialdemo-kratie wird in diesem entscheidenden Kampf gegen die Schutzölle die Führung übernehmen und überläßt die demagogische Mentelung von den wirklichen politischen Problemen gern den Moskowitern, die bereits wieder nach Massenaaktionen streben.

Soweit wir von hier aus die Sachlage zu beurteilen ver-mögen, stimmen wir dem Vorwärts zu. Eine Mehrheit im Reichsrat war nicht zu erzielen, da die preussischen Reichsrats-stimmen nur zu einem Teil von der preussischen Regierung instruiert werden können, ein Zustand, der in Preußen je-nem der unehaltbareren empfunden wird. Es konnte daher niemand der preussischen Regierung zumuten, sich eine o f f e-nkundige Niederlage im Reichsrat zu holen. Daß dann auch die Vertreter anderer Länder, die zuerst gegen die Zollgesetze votiert haben, dahin instruiert wurden, einen Ein-spruch nicht durchzuführen, ergab sich aus der Situation, in der Preußen war, und auch daraus, daß die Sozialdemokratie in keinem der Länder in der Regierung eine Mehrheit hat. Wollen sich die breiten Massen des Volkes in Zukunft vor sol-chen Schädigungen schützen, dann müssen sie bei der näch-sten Reichstagswahl in höherem Maße ihre Pflicht erfüllen und in ihrer Mehrheit vernünftiger wählen, als es bei der letzten Wahl geschehen ist.

dem Bürgerblock alles an gefährlichen Situationen bringen kann, erst recht natürlich die Wiederaufnahme der parlamentarischen Ar-beiten im November, so drängt das Zentrum mit voller Kraft, um den Schulaufbau durchzuführen. Die Agrarier und die Besitzenden überhaupt, haben in sechs Monaten Bürgerblockherr-schaft enorme Vorteile erhalten, also will nun das Zentrum auch so schnell als möglich seinen Anteil an dem famosen Bürger-blockgeschäft gesichert wissen.

Zum Liquidationschädengesetz

Das Reichskabinett hat das Liquidationschädengesetz an-erkannt und dem Reichsrat zur Weiterbehandlung über-wiesen. Es soll die Gesamtsumme zugunsten aller Grup-pen der Beteiligten nicht unbeträchtlich erhöht werden, nämlich von 800 Millionen auf eine Milliarde.

Reichsregierung in Mecklenburg-Strelitz

Neustrelitz, 14. Juli. Nachdem die Besetzung der sozial-demokratischen Fraktion, die Regierung auf Grund des Wahlergebnisses zu bilden infolge der abblehnen den Haltung der Fraktion für Handwerk und Gewerbe zu keinem Ziele geführt hatte, wurde seitens der deutschen nationalen Fraktion mit den Fraktionen der Handwerker, der Volkspartei und der Demokraten verhandelt mit dem Erfolge, daß es nach langen Verhandlungen nunmehr gelungen ist, die neue Regierung mit den beiden bisherigen Ministern Dr. H u s t ä d t und S c h w a b zu bilden. Der neue Landtag wird vom Staatsministerium für den 26.

Zust einberufen werden, um die Präsidentenwahl und die Bestätigung der beiden Minister zu vollziehen.

Die Wahlen vor drei Wochen ergaben einen starken Auf-schwung nach links, aber leider nicht stark genug, um eine gesicherte Linksregierung zu bilden. Die Mittelständler erweisen sich auch in diesem Falle wie überall und überhaupt als Helfers-helfer und Spießgesellen der Reaktion, da auch die neue Rechts-regierung keinen sicheren Boden unter den Füßen hat, dürfte es bald wieder zu Wahlen kommen.

Eine große internationale Armee

Politische Quacksalberei eines militärischen Diktators

Die amtliche spanische Nachrichtenagentur verbreitet den Aus-satz eines langen Aufsatzes aus der Zeitung „La Nacion“, in der das Thema „Eine dauerhafte Friedensgarantie“ behandelt wird. Der Aufsatz stammt von einer „nambhaften, aber anonym blei-benden wackelnden Persönlichkeit“. Es wird vielfach, wohl mit Recht an-genommen, daß der spanische Diktator Primo de Rivera selber der Verfasser ist oder zum mindesten seinen früheren Außenminister dazu veranlaßt hat, für ihn einen solchen Vorstoß zu unternehmen. Der in der Zeitung entwickelte Plan läuft darauf hinaus, daß der Völkerverbund durch einen Obersten Gerichtshof ersetzt werden soll. Jeder Staat soll in diesem einen Vertreter haben. Der Kern des Vor-schlages besteht darin, daß die See- und Flotten aller Staa-ten diesem Obersten Gerichtshof unterstellt werden und nur ihm zum Gehorsam verpflichtet sein sollen. Generalstab und Oberkom-mando dieser internationalen Armee sollen in Genf sitzen. Für jedes Land sieht der Plan einen bestimmten Anteil an der inter-nationalen Armee vor. Außerhalb dieser internationalen Armee soll es nur noch Polizeitruppen geben, allerdings auch belandete Truppen für jedes Land, das „politisch-rationale Aktionen in Kolo-nialgebieten“ unternimmt.

Dieser Vorstoß entspricht so recht den Gedankengängen eines Militärs. Statt die Armeen möglichst zu beschneiden und so stark wie nur irgend möglich abzurufen, sollen sie möglichst alle er-halten bleiben. Um das mit dem Geist des Völkerverbundes zu ver-einbaren, sollen sie als eine internationale Armee aufgezogen wer-den. Die Sowjetunion ist unter den Staaten, die dem Obersten Gerichtshof angehören sollen, nicht genannt. Im übrigen ist der Plan den besonderen Bedürfnissen des spanischen Diktators treff-lich angepasst. Ihm mag es schon recht sein, wenn die anderen Heere einer Genfer Behörde unterstellt werden, wenn er nur das Oberkommando über seine spanischen Truppen behält, die ihre „kolonialpolitische Mission“ in Marokko durchzuführen haben.

Es ist nicht das erste Mal, daß in Spanien derartige Pläne öffentlich ausgesprochen werden. Schon zur Zeit der Gründung des Völkerverbundes vertrat Spanien mit derartigen Aktionen die Füh-rung in einem von ihm zu gründenden Völkerverbund um sich zu reihen. Auch jetzt steht dahinter die Absicht, gegen den in Genf sich mühsam entwickelnden Völkerverbund einen Vorstoß zu unternehmen. Er mag daraus entstanden sein, daß Spanien seit seinem Ausscheiden nor-dwärts sich mehr und mehr isoliert fühlt und angesichts der völlig ins Stocken geratenen Verhandlungen über Langer das Bedürfnis hat, sich stark zu zeigen. Diese Drohung gegen Genf stellt also zugleich einen Versuch dar, aus der Isolierung herauszukom-men oder, wenn man Spanien im Völkerverbunde keine neuen Kon-zeptionen machen will, das weitere Fernbleiben Spaniens vom Völkerverbunde damit zu rechtfertigen, daß die anderen Staaten keine Neigung zeigten, ihm für seine „friedenspolitische“ Aktivität Aner-kennung zu leisten.

Die Staatskrise in Polen

Warschau, 14. Juli. (Eig. Drabt.) Die der Regierung nahe-stehende Presse verteidigt die Schließung der parlamentarischen Session durch die Regierung und erklärt hämisch, daß die Regierung in diesem Falle als die wahre Verteidigerin der Demokratie und des Parlamentarismus aufgetreten sei, da er in seiner jetzigen Gestalt nur eine Verhüllung des Parlaments darstelle. Die Rechts-presse dagegen weist darauf hin, daß die Regierung lediglich vor der Annahme des Gesetzes auf Wiederbelebung des Seimaufhebungs-rechtes durch den Seim Angst habe, da sie im Falle eines parla-mentarischen Selbstmordes die Ausschreibung von Neuwahlen hätte vornehmen müssen, wozu sie im Augenblick wegen ungenügender Vor-berereitung für die Wahlen nicht geneigt gewesen sei. Die Regierung versuche, den Seim am Leben zu erhalten, um ihn als Werkzeug zu benutzen, sie untertrug aber seine Arbeiten sofort, als sie bemerkte, daß der Seim eigene Initiativen in gesetzgeberischer Beziehung auf-zunehmen beabsichtige.

Im Robodnik bespricht Genosse Niedzialkowski die Session und deren Beschlüsse, die tragische Folgen zeitigen würde. Die Regierung verfolge mit ihren Handlungen die Absicht, den Seim zu unterbinden und untergebe damit auch gleichzeitig den demo-kratischen Gedanken, ohne sich aber gleichzeitig für eine neue Staats-form — Faschismus, Diktatur, Sowjetismus — zu entscheiden. Wozu, so fragt Niedzialkowski im Namen der Sozialisten, führt die Regierung Pilsudski den polnischen Staat?

Baldige Verminderung der Rheinland-befahrung?

SPD. Paris, 14. Juli. (Eig. Drabt.) Wie wir aus vorzüglicher Quelle erfahren, sind die Aussichten auf baldige Verminderung der Rheinlandbefahrung durchaus günstig. Das erweist sich nicht nur aus den amtlichen Äußerungen des englischen Parlaments, sondern, was viel wichtiger ist, auch in den maßgebenden Pariser Kreisen ist man in letzter Zeit wesentlich entgegenkommender gestimmt. Am Quai d'Orsay sieht man heute die volle Berechtigung des deutschen Verlangens auf Herabsetzung um 10 000 Mann ein, und es kann gesagt werden, daß innerhalb der französischen Zivilbevölkerung heute überhaupt kein Widerstand mehr dagegen zu erwarten ist. Das gleiche kann von der Führung des französischen Befahungs-heeres behauptet werden. Dagegen machen maßgebende französische Militärführer noch immer Schwierigkeiten, die aber die französische Regierung zu überwinden entschlossen ist. Ueber die Mittel, die sie dagegen anwenden wird, läßt sich natürlich im Augenblick noch nichts sagen. Die Angelegenheit muß zweifellos jetzt in Fluss kom-men, sobald Herr Doehs, der sich am Quai d'Orsay viel Vertrauen erworben hat, die Geschäfte wieder aufnimmt.

Große Eile beim Reichsschulgesetz

Das Zentrum drängt, denn es sieht Gefahren

Zur Beipräfung des Reichsschulgesetzes werden diejenigen Ab-geordneten, die als Vertreter ihrer Fraktionen die parlamentarischen Vorberhandlungen über das Schulgesetz geführt haben, in Berlin erwartet, wo sie Gelegenheit haben werden, sich mit den Vertretern der Regierung zu besprechen. Die Tägliche Rundschau berichtet noch einmal, daß die beiden volksparteilichen Minister verständig erklärt haben, sie müßten ihrer Fraktion die Stellung-nahme zu dem Entwurf in voller Entscheidungsfreiheit überlassen. Die Köstliche Zeitung glaubt, daß eine Sondertagung des Reichsrates erforderlich sein wird, damit noch vor der Septembertagung des Reichstages die Beratungen im Reichsrat abgeschlossen werden kön-nen. Wie der Berliner Lokalanzeiger mitteilen weiß, sieht der Entwurf die grundsätzliche Gleichstellung von Volksschule, Gemein-schaftsschule und weltlicher Schule vor. Entsprechend den Bestimmungen der Reichsverfassung stabilisiert der Entwurf das Recht der Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten, über die Schule für ihre Kinder zu entscheiden, und läßt als einzige Grenze des Elternwillens die Notwendigkeit der Nichtgefährdung des ordentlichen Schulbetriebes gelten.

Die führende Zentrumspresse hat in den letzten Tagen ganz offenkundig der Sorge Ausdruck verliehen, daß die Verabschie-dung des Reichsschulgesetzes um so schwieriger und unsicherer sein werde, je länger sich die Beratungen darüber hinziehen. Beim Bürgerblock frustriert es in allen Stadien im Gefühl und da man nicht wissen kann, was schon die Septembertagung des Reichstages

Wer hilft den Bauern?

Die Zollvorlage ist im Reichstage mit großer Mehrheit angenommen. Die Regierungsparteien behaupten, die Zollerhöhungen seien im Interesse der Bauern notwendig. Die bäuerlichen Erzeugnisse müßten stärker als bisher vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden. Dem steht aber zweifellos die Tatsache entgegen, daß der Kartoffelzoll der Masse der Bauern überhaupt nichts nützt, daß der Zuckerzoll nur für einen kleinen Teil der bäuerlichen Bevölkerung Mehreinnahmen bringen wird und daß denjenigen Bauern, die Viehzüchter sind (?), die von der Linken beantragte Verringerung der Zölle auf Futtermittel viel mehr nützen würde als die beschlossene Erhöhung des Zolles auf Schweinefleisch.

Der Reichslandbund, die von den Großagrarern beherrschte Organisation der Landwirte, fürchtet, daß die Bauern bald einsehen werden, daß die neubeschlossenen Zölle nicht ihnen, sondern in erster Linie den Großagrarern nützen würden. Er behauptet deshalb, daß der Widerstand der Linken gegen die Zollerhöhungen an die alte Tatsache erinnere, daß, wo auch immer der Bauer um seinen Fortbestand zu kämpfen hat, er stets der gehässigen Agitation der Linken gegenübersteht.

Gerade das Gegenteil ist aber der Fall, wie sich aus anderen Aufzählungen derselben Nummer des „Reichslandbunds“ erkennen läßt. Dies Organ stellt nämlich die Zölle für die Landwirtschaft und die Zölle für die Industrie vor dem Kriege und jetzt gegenüber. Diese Aufstellung ist durchaus richtig. Sie ergibt im wesentlichen, daß die gegenwärtigen Zölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse im allgemeinen auf der Friedenshöhe angelangt sind und nur zum kleinen Teile darüber hinausreichen. Ein wesentlich anderes Bild erhält man, wenn man die Industriezölle betrachtet selbst unter Beschränkung auf die Artikel, die für den Landwirt besonders notwendig sind.

Industriezölle, die gegenüber dem Frieden ermäßigt sind, gibt es darnach überhaupt nicht. Selbst solche Zölle, die man vergeblich, die nur dieselbe Höhe aufweisen wie 1913. Sämtliche die Landwirtschaft belastenden Zölle sind ganz erheblich erhöht worden. So z. B.:

	Vor dem Kriege	Jetzt
Wagenachse	6.—	10.—
Wagenachse 2 kg und darüber	50.—	150.—
Gewicht bis 2 kg	65.—	1—2 kg 200.—
Spaten, Schaufeln, Feuergeräte, Flugschraube u. Flugtriebwerke usw.	4.50	6.—
Kraftsägen mit dazu gehörigen Maschinen usw. bis 25 dz	4.—	70.—
über 25 dz	4.—	50.—

Diese Aufstellung beweist unübersehbar, daß die Erzeugnisse, die der Landwirt in seinem Betrieb gebraucht, durch übermäßige Erhöhung der Zölle gewaltig verteuert worden sind. Ein Ausgleich für diese Erhöhung der Produktionskosten der Landwirtschaft ist allerdings nicht erfolgt.

Diese Erhöhung der Zölle für Industrieerzeugnisse ist von denselben Parteien beschlossen worden, die sich über die mangelnde Rentabilität der Landwirtschaft beschwerten. Diese Zölle entkamen dem Zolltarif vom Jahre 1925, der von der damaligen Regierung unter Führung der Deutschnationalen und des Zentrums gegen den heftigen Widerstand der Linken durchgepeitscht wurde. Die Sozialdemokratie hat damals gegen jeden einzelnen Zoll für Industrieerzeugnisse heftig angekämpft. Aber sie hat niemals die Unterstützung der Landwirte überhaupt, oder der Bauernvertreter im besonderen gefunden. Die Großagrarier, die den Reichslandbund beherrschen und in der Deutschnationalen Partei ausschlaggebenden Einfluß haben, tragen also in erster Linie die Schuld, daß die Industriezölle in Deutschland so hoch sind und jedes Erzeugnis, das der Bauer für seine Wirtschaft gebraucht, im Preise gewaltig verteuert ist.

Denselben Fehler wie 1925 hat die Landwirtschaft aber auch jetzt gemacht. Die Erhöhung der Zölle auf Kartoffeln, Schweinefleisch und Zucker werden den Bauern nicht viel nützen. Man hat ihnen dafür eine Ermäßigung der Industriezölle für den Herbst versprochen. Ob aber diese Ermäßigung beschlossen wird, ist sehr zweifelhaft. Jede Industrie ist immer nur für den Aufbau des Volkes in der anderen Industrie, nicht aber in der eigenen. Bleiben aber die Industriezölle in alter Höhe bestehen, dann wird sich auch an der Lage der Bauernschaft nichts ändern, dann sind

Zum Verfassungstag in Baden

Der badische Landtag hat vorgestern gegen die Stimmen der Bürgerlichen Vereinigung, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten den 11. August abermals als gesetzlichen Feiertag bestätigt. Es ist außerordentlich interessant festzustellen, daß außer den in der Bürgerlichen Vereinigung zusammengelaufenen Deutschnationalen und Landbündlern (und natürlich den Kommunisten), auch die Deutsche Volkspartei für die Aufhebung des Verfassungstages als gesetzlichen Feiertag gestimmt hat. Es ist ja noch nicht lange her, seit die Herren Obkircher, Matthes und Genossen die heftigsten Versicherungen dem Landtag gaben, wie angeblich stramm sie auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehen. Das hat sie aber vorgestern nicht abgehalten, mit den Kommunisten, die die Republik ebenso ließen, wie es die Deutschnationalen trotz der Eideschwüre ihrer Minister tun, für die Beibehaltung des Feiertags am 11. August zu stimmen. Es ist nun recht bemerkenswert, wie das führende Organ des badischen Zentrums, der Badische Beobachter, in seinem Stimmungsbild über die vorgeschlagene Landtagsänderung diese Tatsache beirrägt. Wir zitieren auszusweise:

„Von sozialdemokratischer Seite wurde der Antrag der Bürgerlichen Vereinigung als Vorstoß gegen die Verfassung bezeichnet. Man kann, auch wenn man weiß, daß Herr von Reudell und seine deutschnationalen Ministerkollegen den Eid auf die Verfassung der Republik eideschworen haben, dem nicht antworten. Denn was sollte die Attende und der ganze Reichswahlkampf, nachdem die Regierung auch den weitgehenden Wünschen entgegenkam? Das Ministerium des Innern wird, schon mit Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse landwirtschaftlicher Arbeiter keine Schwierigkeiten zu bereiten, ja sogar dringende gewerbliche Arbeiten sollen erlaubt sein. Darnach kann man den Antrag der Bürgerlichen Vereinigung wirklich nicht mehr anders als als ostantin und planmäßigen Vorstoß gegen das Verfassungswort von Weimar bezeichnen. Zum Mindesten wollte man aber seinen Mißfallen über diese Verfassung im Badischen Landtag Ausdruck geben, nachdem man dies im Reichstag nicht mehr zu ungenügen tun kann. Einen sachlichen Grund für ihren Antrag hätte die Bürgerliche Vereinigung nicht. Dabei: Wenn man auch weiß, daß trotz der deutschnationalen Eideschwüre auf die Verfassung die Vorliebe der Deutschnationalen für dieselbe nicht groß ist, so war die Tatsache doch direkt beschämend, daß sich die Deutsche Volkspartei auf der rechten Seite der Verfassungslinie in besonders großer Zahl. Man erinnere sich unwillkürlich, wie die Deutsche Volkspartei bei den Beratungen ziemlich genau vor einem Jahre sich so ostentativ zur Verfassung bekannte. Damals lodten freilich noch Ministerielle, heute scheinen die Dinge anders zu liegen.“

Es ist so: Die Frage des Verfassungstages am 11. August hat nicht nur eine wirtschaftliche Seite — diese war heute nur in großer Aufmachung vorgetrieben — sie hat auch einen eminent politischen Hintergrund. Am 11. August 1919 erhielt das Verfassungswort von Weimar Gesetzeskraft, die Periode der Revolution war abgeschlossen, das Werk der Rettung des deutschen Volkes vor dem Sturz in den Bolschewismus dieser Partei auf der Demokratischen Seite. Die Partei dieser Partei auf der Demokratischen Seite, die die Verfassungslinie in besonders großer Zahl. Man erinnere sich unwillkürlich, wie die Deutsche Volkspartei bei den Beratungen ziemlich genau vor einem Jahre sich so ostentativ zur Verfassung bekannte. Damals lodten freilich noch Ministerielle, heute scheinen die Dinge anders zu liegen.“

Es ist so: Die Frage des Verfassungstages am 11. August hat nicht nur eine wirtschaftliche Seite — diese war heute nur in großer Aufmachung vorgetrieben — sie hat auch einen eminent politischen Hintergrund. Am 11. August 1919 erhielt das Verfassungswort von Weimar Gesetzeskraft, die Periode der Revolution war abgeschlossen, das Werk der Rettung des deutschen Volkes vor dem Sturz in den Bolschewismus dieser Partei auf der Demokratischen Seite. Die Partei dieser Partei auf der Demokratischen Seite, die die Verfassungslinie in besonders großer Zahl. Man erinnere sich unwillkürlich, wie die Deutsche Volkspartei bei den Beratungen ziemlich genau vor einem Jahre sich so ostentativ zur Verfassung bekannte. Damals lodten freilich noch Ministerielle, heute scheinen die Dinge anders zu liegen.“

wie immer bisher die Großagrarier die einzige Lagenden.

Bereits in den Verhandlungen des Reichstages hat die Sozialdemokratie auf diese Gefahr für die Bauernschaft aufmerksam gemacht. Eine Besserung der Lage der selbstarbeitenden Bauern ist nicht möglich, solange sie sich in der Gesellschaft der Großagrarier und der Großindustriellen befinden. Mit deren Hilfe werden sie niemals eine Ermäßigung der Industriezölle erreichen, sondern stets nur gegen sie. Die Industriezölle aber belasten den Bauern weit mehr als hohe Agrarzölle ihn schätzen können. Daher hat der Bauer ebenso wie der Arbeiter und Angestellte das größte Interesse an niedrigen Preisen für alle seine Bedarfsgegenstände. Das aber kann er

Bei der Feier des 11. August als Verfassungstag handelt es sich in Wirklichkeit um die Frage: Für oder gegen die Verfassung von Weimar. Die Redner des Zentrums, die Abgeordneten Engler und Dr. Schöfer, haben sich heute mit erfreulicher, nicht mißverständlicher Deutlichkeit zum Wert von Weimar und zur Verfassung der Republik bekannt. Das Zentrum und seine Haltung in der Frage der Feier des 11. August auch gegenüber der Demagogie der Herren Hertle und Kläiber verteidigen können.“

„An Deutlichkeit läßt die Sprache im Badischen Beobachter nicht allzuviel zu wünschen übrig und wir freuen uns, daß auch der Beobachter zum Ausdruck bringt, daß die Frage des Verfassungstages nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen eminent politischen Hintergrund hat. Wir nehmen auch gerne davon Notiz, daß das badische Zentrumsblatt in die deutschnationalen Eideschwüre auf die Verfassung nicht allzuviel Vertrauen legt und daß es das Verhalten ipsestell der Deutschen Volkspartei als „direkt beschämend“ bezeichnet und die „ausgesprochene Unauverlässlichkeit“ der Deutschen Volkspartei in der Frage der Verfassung charakterisiert. Ganz besonders findet auch der Satz im Badischen Beobachter unsere Zustimmung.“

„Bei der Feier des 11. August als Verfassungstag handelt es sich in Wirklichkeit um die Frage: Für oder gegen die Verfassung von Weimar.“

Wir bedauern aber außerordentlich, daß das Zentrum im Reichstag nicht mit derselben Entschiedenheit für den 11. August als Verfassungstages eintritt. Wenn der Beobachter an einer Stelle seiner gestrigen Ausgabe behauptet, daß im Reichstag die Frage des Verfassungstages nicht geregelt worden ist, so muß sich dieses Bedauern sehr stark gegen die Zentrumsfraktion des Reichstages richten, die weder Eifer noch Energie gezeigt hat, im Reichstag die Angelegenheit zu einer zufriedenstellenden Regelung zu bringen. Im übrigen werden wir uns die gestrigen Ausführungen des Beobachters gegenüber der Deutschnationalen, den Landbündlern und der Deutschen Volkspartei sehr genau merken — für spätere Situationen. Und vielleicht fragt der Badische Beobachter privatim einmal den Abgeordneten Dr. Köber, ob auch er und die eine oder andere sonstige Zentrumsmann so unbedingt und für jeden Fall für die Aufrechterhaltung des Verfassungstages als gesetzlichen Feiertag ist?

Große Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung werden auch in diesem Jahre wieder den Verfassungstag ignorieren und demonstrativ landwirtschaftliche Arbeiten verrichten. Daß der Landwirtschaft hierin die größte Freiheit gewahrt wird, dafür tritt auch das badische Zentrum ein. Es mag ausgehen werden, daß die Witterungsverhältnisse in diesem Jahr ungünstig sind und daß in einzelnen Fällen die landwirtschaftlichen Arbeiten erst recht weitgehender Aufhebung nötig erscheinen können; aber, wenn auch solche ungünstigen Witterungsverhältnisse nicht vorhanden sind, verüßt ein großer Teil der Landwirte trotzdem, dem Verfassungstag ihre Mißachtung zu besagen. Und da eine Frage an das Zentrum wenn es sich bei der Feiernfeier eines Feiertages um einen gesetzlichen Feiertag handeln würde, würde man dann in Zentrumskreisen auch so eifrig der denkbar weitesten Forderung durch die Landwirte das Wort reden? Wenn wir da Zweifel hegen, so wird man uns kaum der Bösartigkeit weihen können. Wenn die landwirtschaftlichen Bauern am 11. August unbeschäftigt tun und lassen können, was ihnen paßt, dann haben sie gar nichts dagegen, wenn die Zentrumsabgeordneten diesen Tag als Feiertag bestimmen.

nur mit der Arbeiterschaft gegen Großagrarier und Großindustrielle erreichen.

Deutsche Kriegerveteranen und Reichsflagge

Nationale Ehrwürdigkeit und Stahelmeisigkeit
Es wird jetzt Näheres über einen Vorfall bekannt, der sich auf der letzten Hauptversammlung der Deutschen Kriegerveteranen-Gesellschaft im großen Saale des Gültzertals in Köln abgespielt hat. Die Köln. Volkszeitung, das bekannte führende Zentrumsblatt, berichtet darüber das folgende:

Glodenschlag. In der Nebenstube bukete sich die Kaath Hink und leicht, wie sich eine Gerte dient. An ihr vorüber zogen die Räder der Reel immer oder nach dem Dorf, das sich in einem Talwinkel hingelagert. Auf einem Hügel die Kirche und das Pfarrhaus wie schützend über der Herde. Jenseits der dem Bach, der aus schmalen Tälchen hervorquillt, der Gattinerehof, dessen Dach hinter einem Ball von Döbbläumen heraustritt.

Und vom Dorf her kam ein Bud gefahren, das in den Feldweid ein — der Markt vom Nachbarn Benz — atemlos, mit rottem Kopf. So schnell die schweren Schollen die Fülle freigaben, eilte die Reel ihm über den Acker entgegen — „heimkommen soll eins gleich, die Gattinerein ist gar frant geworden.“

„Johes“, schrie die Reel — „geschwind kommt!“
Herrlich sah Kaath den beiden nach, die wie vom Wind antrieben nach dem Dorfe eilten. Wozu auch noch der Johes, und nach ihr hatte die Reel gar nicht geschaut. Aus dem Huben war nicht viel herauszubolen, die Gattinerein sei wie tot im Garten gelegen, und die Marie und seine Mutter hätten sie halt in die Stube getragen. Die junge Frau erlebte. Eine dumpfe Angst würgte ihr bis zur Kehle — war sie schuld, daß sie heut in der Früh der Alten geraten, doch nicht so in der Stube herumzuhaben, im Garten sei genua Arbeit? Aber so schlimm wird's schon nicht sein, daß sie auch davon laufen müßte und die Leut in Stich lassen — das ist so die Art im Geschwisterhof, daß eines um das andere soviel Aufhebens macht. Doch noch vor dem Mittagsschlafen trübte sie heimwärts. Als sie von der Straße ab in den Weg zum Hof einbog, kam hinter ihr ein Auto gerast. Der Doktor? Herrschaft hat ein Umfand. Nur daß ihr das Herz in jedem Puls pochte. Es dauerte lang, bis der Arzt die Stube, in die sie sich nicht hineinbewagte, verließ.

„Es ist mir lieber, Pflanzmeister, und ihr ist leichter, daß sie sich gerührt.“
Aber er hörte nichts mehr. Er stand drinnen an dem Bett, in dem zwischen hoch aufgeschichteten Kissen die Gattinerein mehr lag als lag, das bleiche schwebende Gesichtchen wie ein Nichts.
(Fortsetzung folgt.)

Der Geschwisterhof

9 Erzählung von Anna Gartenstein (Fortsetzung.)

Aber die Kaath war ungeschaltet — so ein Anfinn — morgen gina's wieder streng v.r. Reel lagte ihr in's Gesicht. Sie habe schon eine Runde in Mutter's Stuhl geschlafen. Und Marie brachte heißen Tee und hatte seine mürbe Rühle gebadet und stellte vor Hannes die Kumpfische hin. Da nahm auch Kaath einen Schuß in ihre Tasse. Und wie ihr die Wärme wohlta durch's Blut floß, wurde sie aufgestäubt und ersäthte. Wie's war? Nicht zu laagen, so schön — ach die Viehbidau — jedes Stück lieb sie lebendig vorüberrollen: die mächtigen Stiere, die weichen stillen Kühe, die derschickenden Kalbinnen, und zwischen den Säben immer — „sel Hannes — weißt noch, Hannes — meinst nicht auch, Hannes?“ — mit all dem Erlebten, Geschauten umfloßt sie ihn und zugleich mit dem Bedauern, dem unaussprechlichen, und doch in jedem Wort verdeckt zielenden — „wir müßten leltab stehen — unsere Kalbin war nicht dabei, und Preis und Bewunderung sind uns entgangen.“

Das Gesicht der Reel, die mit aufgestimmten Armen den Kopf schüttelte, verdüsterte sich. Sie sah das Behagen des Hannes schwinden, fühlte, wie Enttäuschung und Veräoz in ihm hochgeschürt wurden. Und hörte aus jedem Worte den drohenden Vorwurf. Seit sprang er sie unmittelbar an — „ja, weißt, Reel, die Freud hättest dem Hannes schon gönnen dürfen mit der Kalbin. Gel, dich hat's schon aus verdrossen, du ärmster.“ Icklosend strich die Kaath über das Haar ihres Mannes.

Marie sah die Schwester flehentlich an. Und Reel hand rubig auf. Nur ihr schöner weicher Mund versoa sich, fast schien es wie in leiser Verzärtung. Ueber die Schwägerin sah sie hinweg. „Du bist der Bauer, du hättest nur laagen brauchen — ich will — und gut war's.“

Du bist der Bauer — das Wort ging dem Hannes nach. Er grübelte, er müßte es hin und her wie einen schweren Quader — so oder so? wie es sich wohl einfinden ließe in den Bau seines Lebens. Er lautete dem Klang nach, den Reel in das Wort gelegte. Was nicht Wiage darin: du bist uns anderen nichts mehr? War's nicht wie Spott? Reht müßt schon deiner Frau wegen deine Würde hervorbrechen? Oder ein Aufschütteln: jetzt brauchst's den Herrn zu zainen? Die Kaath brauchte ihm das Wort nicht noch heimlich in die Ohren zu säuen — „die Reel sagt's ja selbst — du bist der

Bauer.“ Da standen doch zwei, drei Willen neben dem seinen. So hatte er es gemollt damals nach Vater Tob, und so war es gut gewesen. Aber nun wollte es ihm scheinen, als drückten ihm seine Geschwister an die Wand...

Kleinigkeiten — gleich in den nächsten Tagen. „Morgen in die Stadt? Ausgeschliffen, mein Lieber. Zwei Tage haben wir für's Kartoffelausnehmen verloren. Ich weiß ja nicht, warum der Johes Streu gefahren hat unsuadern — nun muß ich mit hinaus. Deine Reut müßten ja meinen, ich hält rein zum Visker in den Geschwisterhof gehelrat.“ Sie hatte den Kopf steif in den Nacken gestellt und sah ihm mit ihrem starken zwinenden Blick an, während sie ihm das Brot hinlegte und den Maktrus zurechtstoch. Ihre roten dünnen Lippen lächelten. Aber ihm war, als brauchtest sie gar nicht erst zu laagen — du bist der Bauer.

Und zum ersten Male, seit sie zusammen schafften, lieh er den Johes hart an. Ueber das stille Trümmersicht ging nur ein leises Staunen — „schaff bestimmt an, dann tu ich, was du willst — du bist der Bauer?“ — und rubig schüttelte der Johes seinen Köpeln weiter den Sater auf. Verstimmt, ein leise naendes Mißtrauen in der Seele der Reel der Bauer den Stief.

Draußen rührten sich alle Hände. Mit zwei Gelbanten wurden die Furchen umgeändert, daß die schwarze, feuchtmäßig atmende Erde ihren Schoß aufat und die weichen und roten Knollen aus der Verborgenheit auflachten.
Die Reel mit zwei Mädchen und eifigen Weibern aus dem Dorfe zur Hilfe bukete die Furchen entlang. Korb um Korb gefüllt gab seinen Inhalt polternd dem Rasenwegen. Ein harter Wind blähte die Kopfstücker und streich die Rücken entlang. Die Dinaer wurden klamm trotz der Sonne, die in greller Wäße ihr Licht über die Landidagheit warf. Zumellen dunkelte ein Schatten über den Acker, wenn grobe schwarzblaue Wolken mit blühenden Ränderen aus der Unendlichkeit auftauchend sich über das Himmelsblau der Unendlichkeit aufhoben. Und Unbemut hob Reel den Blick und sah der schwimmenden Wolke nach, die über das Dorf hin ihren langen dunklen Schatten warf. Und wie sie die Augen wieder zur Arbeit niederzelen ließ, gepaarte sie die Kaath vom Acker-rain herkommen mit der Hausbirn.

„Ja, mein — die Stafel bringt mit — da ist die Marie ja ganz allein.“

„Sie wollt' schon selbst — sie schafft's leicht allein das Mittragen. Und die Mutter ist doch auch noch da.“

Die Mutter? Die mit einem Male schwer abend, gedrückt geworden — in Reel wuchs die Unruhe — sie forchte auf den

Kulturbilder aus Ostelbien

Arensdorf - Wo der Stahlhelm dominiert - Agrarischer Terror

Ein Vertreter der Frankfurter Zeitung hat von Berlin aus einen Absteiger nach dem Kreise Ledus gemacht, in welchem der Ort Arensdorf liegt, der durch die Stahlhelmmordtat an einem Reichsbannermann zu trauriger Berühmtheit gelangt ist. Aus der Schilderung über die Fahrt und der dabei gewonnenen Eindrücke zitieren wir nach dem Frankfurter Blatt u. a. das Folgende:

„Wissen Sie, was sich die Gutsbesitzer unseres Kreises und die Industrie mit ihren Stahlhelmschwärmen, Kleinrentnerstücken und sogenannten Sportkuren an Menschenmaterial heranstellen, das nennen wir „Wirtschaften“; außen geld und innen rot. Wir erleben es immer wieder, daß die Stahlhelmeute in der Versammlung zwar das Gedächtnis singen, aber draußen, vor der Tür, die Internationalen. Wir erleben es, daß bei nicht geheimer Wahl „rechts“ gewählt wird, bei geheimer Wahl „links“. — Woher das kommt? Von dem Terror, den die Gutsbesitzer üben, und von dem Mangel an Auffassung in unserer Bauernschaft.“

Der Ort des Geschehens war das schöne, aus dem vierzehnten Jahrhundert stammende Rathaus von Finkenwalde; Sprecher: der Kunge und energische Bürgermeister Stöckel.

„Der größte Teil des Bodens befindet sich in unserem Kreise in den Händen des Großgrundbesitzes. Wir haben Güter von riesigen Flächen Morgen Land; der Bereich „Gutsbesitzer“ läßt sich nicht erst bei tausend Morgen an. Dabei befindet sich uns fast an der Peripherie Berlins. Finkenwalde ist noch Station der Borsigbahn. Finkenwalde hat 24.000 Einwohner, und ein großer Teil davon sind Fabrikarbeiter, meist linksradikal eingestellt. Die Gutsbesitzer, heute noch keine Kräfte, fühlen sich bedroht. Wir können feststellen, daß die rechtsradikale Minorität umso heftiger ist, je schlechter ihre Wirtschaft geht.“

Wie ist es möglich, daß die Gutsbesitzer einen solchen Einfluß ausüben?

„Sie haben die Macht in der Hand, sie verwalten die Arbeit und die Deputate, sie sind die Vorherrscher der Gutsbezirke, sie sind die Hauptstützen der Kaufleute in den kleinen Städten, wer ihnen nicht paßt, erhält keine Arbeit, und die Gegend ist arm. Das es unter der Oberfläche gärt, das kommt nur zum Ausdruck bei geheimer Wahl. In allen Orten, wo Reichsbannerabteilungen gegründet werden konnten, haben sie starken Zulauf. Als nach jener Mordtat in Arensdorf eine Reichsbannerabteilung gegründet wurde, war sie sofort ebenso stark wie der dortige Stahlhelm.“

Sind alle Gutsbesitzer reaktionär?

„Alle wohl nicht; ich kenne einige, die sehr liberal gesonnen sind, die aber ihre Gefinnung nicht zeigen wollen aus falscher Ver-

weiner Loyalität gegen Standesgenossen und aus Furcht vor einem gesellschaftlichen Vorkauf.“

Was würden Sie vorschlagen, um diese unerfreulichen Zustände zu bessern?

„Ich würde die großen Güter aufteilen und die Siedlung fördern mit allen Mitteln. Die Bewirtschaftung der großen Güter geschieht keineswegs überall nach modernen Gesichtspunkten und mit rationalen Mitteln. Ich würde vor allem gesetzlich verbieten, daß ein Gutsbesitzer Amtsvorsteher seines Bezirkes werde. Leider ist dieser Gesichtspunkt immer noch nicht zustande gekommen.“

Sehr früh am andern Morgen fahre ich mit der Oberbrunnenbahn nach Arensdorf. Halbwegs zwischen Seelow und Finkenwalde liegt dieser Ort mit seinen etwa 700 Einwohnern. Im Kataster der kleinen Bahn unterhalten sich die Landleute und Handwerker, die nach der Stadt fahren: „Ich weiß Bescheid, ich war Vizelandbesitzer im Krieg, schwer kriegsbeschädigt, mein Vater hat mich drei Jahre lang mit durchgehender, unser Doktor hat selber gesagt, daß ich im Leben keinen Schlag mehr werde arbeiten können. Was zahlen sie mir — acht Mark im Monat. Ich kenne Ioumbso viel in der ganzen Gegend hier, alle schwer kriegsbeschädigt und bekommen acht bis zehn Mark im Monat. Aber der Major von A. auf V., von dem ich weiß ich genau, daß er 600 M im Monat bekommt, und andere bekommen noch mehr.“

Ein anderer sagt: „Da wissen wir doch, wofür wir die Steuern zahlen müssen; wenn aber die Herren Rittersgutsbesitzer Steuern zahlen sollen, dann wird Schießung gemacht, dann hat keiner Geld, dann zahlt auch keiner was, im Gegenteil, die kriegen noch was dazu.“ Ein dritter: „Ich sae: immer rein ins Reichsbanner, da geht so eine Sache wenigstens nicht verloren, das wird sie weitergeben an die Regierung.“ — Keiner widerspricht.

Arensdorf: Man beobachtet den Fremden mit Mißtrauen. Wird er wieder Fragen stellen und herumhören, wie alle die Fremden, die seit dem Nord vor vierzehn Tagen da gewesen sind? Ich frage niemand. In dem kleinen Wirtschaftshaus abgerunde und mürbische Lustluft. Ich gehe über die breite, sandige Straße. Arensdorf wäre ein hübsches Dorf, ein freundlicher Ort, bei aller Armut, aber es ist, als könnte hier die Sonne nicht mehr scheinen oder die Menschen mühten sich vor ihr verborgen. Ich habe niemals einen ganzen Ort so sehen, abweichend und verflissen gesehen, das Dorf scheint in seiner eigenen Atmosphäre zu erstickern. Es ist mir schwer gefallen, diese leere Dorfstraße zum zweiten Male zurückzugehen, um herauszukommen. Der Amtsvorsteher schneidet in seinem Garten Rosen — beim Anblick eines Fremden verwindet er bösig und schließt die Tür hinter sich. Niemand will hier gefragt sein.“

Von der Bayerischen Volkspartei haben 12 Abgeordnete aus vornehmend religiösen Gründen gegen die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt, sechs jedoch dafür. Von diesen sechs sind vier Bauwirte.

Soweit die Abstimmung der Parteien des Bürgerblocks. Noch ein Wort über die Demokraten. Sie haben sich bei dieser Abstimmung vollständig gespalten, sieben Abgeordnete haben gegen die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt, neun unter Führung des Abg. Barisch, Mittelständler und Kleinrentnerobermeister dafür.

Bei dieser Abstimmung, bei der kein Fraktionszwang ausgeübt wurde und jeder einzelne nicht nur vor sich, sondern auch vor dem Lande und seinen Wählern vor eigener persönlicher Verantwortung stand, haben sich die Geister in überaus scharfer nach Klasseninteressen gespalten. Auf der einen Seite die Vertreter der Arbeiterklasse und jene Politiker, die um ihrer Würdevollheit willen Rücksicht auf die Arbeiterklasse nehmen müssen — auf der anderen Seite kleinrentner Klassen- und Ständegewinn, der sich wie in den Reihen des Zentrum und der Bayerischen Volkspartei selbst über religiöse Bedenken hinwegsetzt.

Steuervergütung an die Hohenzollern

Die der Sos. Preßbedienst. erklärt, machen die Hohenzollern auf einen Steuerbetrag von rund 650.000 M Anspruch, der zunächst von der Hauptsteuerverwaltung des Reiches zurückerstattet werden soll. Es handelt sich um bezahlte Vermögenssteuer der alten königlichen Domänen, die im Auseinandergehensvertrag sich als unbeschränkter Staatsbesitz herausgestellt haben. Da der Staat

Preußen selbst nicht steuerpflichtig ist, so ist die bezahlte Vermögenssteuer zurückerstattet, und das Reichsfinanzministerium zahlt sich der Kauf, wenn die Summe ausreicht, ist, nachdem die Hohenzollern ihren Anspruch sehr energisch angedeutet haben. Schließlich wird nichts übrig bleiben, als den Betrag zu hinterlegen und das vorerlebene Schiedsgericht einzuberufen.

Schuh-Etagengeschäft

Curt W. Störner
Zähringerstr. 90 part.
beim Marktplatz

Teilzahlung gestattet.

Als der Vertreter des preußischen Ministeriums des Innern, Staatsratspräsident v. Sarnack, und der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Udenauer, den Saal betraten, mußten sie feststellen, daß unter den zahlreichen Frauen schwarz-weiß-rot und der Kreislage, mit denen der Saal geschmückt war, lebhaft die Handbillschläger schwarz-weiß-rot mit kleiner schwarz-rot-goldener Aufschrift im Vordergrund des Saales angedrückt war. Beide Herren bemerkten daher ihre offizielle Teilnahme, falls nicht die offiziellen Herren während der Sitzung angebracht seien. Die beiden Herren verweigerten sie die Teilnahme an offiziellen Essen, das der Saal für die Ehrenäste für den Abend vorbereitet hatte. Es hätte sich heraus, daß wohl eine Anweisung zur Einbringung der Handbillschläger gegeben worden war, daß jedoch untergeordnete Organe die Anweisung nicht befolgt hätten mit der etwas dürftig klingenden Erklärung, daß man nicht geglaubt habe, daß die Herren sich „strenge“ an die für deutsche Veranstaltungen gegebenen Anweisungen halten“ würden. Als darauf an Stelle der Handbillschläger die offizielle Reichsfahne Schwarz-Weiß-Gold angebracht war, nahmen die genannten beiden Herren in ihrer offiziellen Eigenschaft an der Veranstaltung und an den Verhandlungen teil.

Bereits auf dem Weg zur Versammlung, der die Hauptversammlung der Kriegervereine-Gemeinschaft einleitete, war es zu einer schweren Kundgebung gegen die schwarz-weiß-rote Fahne gekommen. Nach dem Bericht der K. V. wurden während der Veranstaltung laut, eine am Balkon angebrachte Fahne in den Höhenfarben zu entfernen. Nach dem Spiel des ersten Verles des Tages wurde tatsächlich unter Beifall die Fahne entfernt. Die Veranstaltung des Vorstehens des Kriegervereins für den Erfolg, das sofort lebhaft Stimmen des Mißfallens und Kritik laut wurden. Interessant war, als der Vorstehende des Kriegervereins verfuhr, den Betreffenden, der die Entscheidung vorgenommen hatte, einen jungen Stahlhelmer in Uniform, herauszuholen, daß dieser verschwand war, und seine Kameraden, die in den Saal am Tisch gesessen hatten, nun ohne jedes Abschieden da waren — angeblich — „non nobis“ mühten.“

Diese Wortwahl ist nicht äußerlich bescheiden für den Geist, der in den angeblich „politisch neutralen“ Kriegervereinen herrscht. Erstens, wenn auch selbstverständlich in diesen Überlieferungen gegenüber der Reichsfahne, mit der die Vertreter von Landesregierung und Stadtverwaltung den versammelten Vaterlandspatrioten eine Lektion über das erziehen, was Ehre und Würde der Nation vom Staatsbürger an Leistung vor den verfassungsmäßigen Farben und Symbolen des Staates heißen.

Die Abstimmung über die Verschlechterung der Bäckereiverordnung

Eine für alle Arbeiter lehrende Abstimmung

Die Verschlechterung der Bäckereiverordnung, die der Bürgerblock im Reichstag beantragt hatte, ist in der letzten Sitzung des Reichstages in der Schlussabstimmung mit 257 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 142 Stimmen der Linken angenommen worden. Es ist nicht gelungen, die Aufhebung des Abstimmentages im Bäckereigewerbe zu verhindern.

Angesichts der soeben erfolgten Reichstagsabstimmung, die die Aufhebung der Sonntagsruhe zu verhindern. In namentlicher Abstimmung wurde diese Verschlechterung des Gesetzesentwurfes zur Aufhebung der Bäckereiverordnung mit 209 gegen 190 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. 57 Abgeordnete der Koalitionsparteien haben gegen den Bürgerblockantrag für die Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe gestimmt.

Eine Prüfung der Zusammenfassung über die namentliche Abstimmung läßt klar erkennen, unter welchem Gesichtspunkt diese Abstimmung erfolgt ist. Auf der einen Seite das Klasseninteresse der Arbeiterklasse und der religiöse Gesichtspunkt bei der Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe — auf der anderen Seite agrarisch-industrieller Klassenegoismus und die Mißachtung der Rechte der Arbeiterklasse.

Die Deutsche Volkspartei, die Partei der Unternehmer hat geschlossen für die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt mit Ausnahme der beiden Abgeordneten Diehl und Winnefeld. Diehl ist Parteimitglied des Gesamtverbandes deutscher Angestelltenvereine, Winnefeld ist Bergmann.

Von der Deutschen Nationalen Volkspartei haben 6 von 11 Abgeordneten gegen die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt. Vom Zentrum haben 37 Abgeordnete, darunter alle Arbeitervertreter, gegen die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt, 23 für die Aufhebung der Sonntagsruhe, darunter die beiden bayerischen Zentrumsabgeordneten Diehl und Damm. Von den 23 Zentrumsabgeordneten, die für die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt haben, sind also 12 Landwirte, 2 Mittelständler, 1 Großrentner und 6 Beamte.

Die Klinik der Pflanzen

Von Friedrich Ratteroth

Ein Besuch bei dem Phänologischen Reichsdienst

Jedem Naturfreund wird es schon aufgefallen sein, daß oft eine eigene Beobachtung und Erfahrungen über Wachstum und Extrakt von Kulturpflanzen hinter den Erscheinungen zurückbleiben. Besonders leidet der Stadtmensch an der Voreingenommenheit, daß günstige Witterungsverhältnisse, wie er sie als solche empfindet, immer einem günstigen Erntestand entsprechen müßten. Nur aus den alarmierenden Nachrichten von Ueberflutungen, Schneemassen, Hagel und Regenbrüchen, wie sie in diesem Jahr vorkommen, erweist er von unglücklich, daß auch der Erntestand in den betroffenen Gebieten ein schlechter sein wird. Die Ursachen aber, die sonst in den klimatischen Veränderungen liegen, in den Tropenheiten oder Wästen, speziell in der Zeit der Übergänge zwischen Winter und Sommer und zwischen Herbst und Winter, und die den Pflanzenstand in ihrem Wachstum, in der Blüte und Fruchtungszeit beeinflussen, die können nur dem Pflanzenfachmann bekannt sein. Daneben ist noch zu berücksichtigen der Einfluß der Krantheiten auf die Entwicklung von Pflanzenindividuen und die anstehenden Krankheiten, an Parasiten, die Befall in der Vegetation der Welt leidet ebenso wie die ammono von denen sie wie von feindlichen Dieren überfallen wird. Andererseits besteht in der Sorge um die Erhaltung ihrer Art sicher keine kleine Feldmann und manches Insekt die Unmacht des Menschen und die Gebundenheit an die Verhältnisse; sie können nicht wie die Menschen ins Bad oder an die Riviera ziehen. Die Pflanzen, die an ihren Standorten, gebunden sind, können nicht wie die Menschen, Tiere und Vögel, gebunden sind, können nicht die besten Standorte unter allen Lebensformen. Wenn ihnen nicht der Mensch als Gattung höherer Art zu Hilfe kommt, kann er freilich ihnen Anspruch auf ihre Dankbarkeit haben.

Die Biologische Reichsanstalt in Berlin-Dahlem widmet sich vornehmlich der Erforschung der Lebensbedingungen der Pflanzen, ebenso der Bekämpfung ihrer Krankheiten und ihrer Schädlinge. Auf großen Versuchsgeländen, im Laboratorium und in Gärten wird das Wesen der Pflanzenmaterie erforscht, werden am lebenden Objekt wie in einer medizinischen Klinik Bakterien und Krankheitsformen gezüchtet, unter dem Mikroskop und in Reagenzgläsern die Erscheinungen und die einzelnen Phasen des Lebens einer Pflanze beobachtet. Die chemischen und bakteriologischen Bestandteile der Erde, auf die Pflanze wächst, werden untersucht und geprüft, ob sie den Lebensbedingungen der Pflanze zuträglich sind. Neue Sorten werden auf Wechsellandsfähigkeit erprobt, alte Sorten durch Aufzucht verbessert. Durch genaue Beobachtung der Pflanze werden die Schuttmittel ausprobiert, die schon bestehenden verbessert und verbessert, und

neue entdeckt. Anschließend an diese medizinalischen Forschungen, die auf Jahrhunderte alte Erfahrung aufbauen, versucht man die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft, die Entdeckungen auf dem Gebiete der Chemie und der Elektrizität bei Pflanzenerzeugung und seinem Schutz nutzbar zu machen. Doch die Pflanzenerzeugung an ihrem Standort; man sucht die Bestäubung zu erzwingen, die zwischen Pflanze und Pflanze zu erzwingen, die zwischen Pflanze und Pflanze zu erzwingen. Von privater Seite und von den öffentlichen Stellen der Land- und Forstwirtschaft kommen aus allen Teilen des Reichs täglich Sendungen, die kranke Pflanzen, von Wils und Wucherungen befallene Sämlinge, Käfer und Pflanzenschädlinge, Milben und Pilze enthalten, damit sie hier untersucht werden und, wenn es angeht, Rat geschafft wird, wie dem Uebel am besten zu wehren ist.

Feinstaatliche Repliken werden in billigen Werkstätten in den Kronbrotfabriken verbreitet, damit die Betroffenen die Ratshilfe der Reichsanstalt befragen können. Die enthalten die Werkblätter der ersten Wärrungen und weisen auf die gesetzlichen Bestimmungen hin, die gegen Einschleppung von Pflanzenschädlingen erlassen wurden, fursam, man sucht allerorten Aufklärung zu verbreiten. Ein Flugblatt, das auch auf den ländlichen Wohnhöfen angeschlagen ist, weist dringlich auf das Vorkommen des Kartoffelkäfers hin, der von Colorado nach Frankreich eingeschleppt wurde und die deutschen Kartoffeläcker zu verheeren droht, wo er sich zeigt, energisch bekämpft wird. Ein anderes Flugblatt wendet sich gegen die Bismarckpflanze, die 1906 aus Nordamerika nach Böhmen zu Zuchtzwecken eingeführt wurde, hier aber die Fabrikfabrik der Züchter ihr Gefährnis durchbrach und nun auf dauernder Wanderfahrt begriffen schon in großer Vermehrung bis nach Norddeutschland gedungen ist. Der Schaden, den dieses Kraut verursacht, wenn es überhand nimmt, ist ein ungeheurer, denn kein Feld und kein Ackerbau ist vor der Unterdrückung der Bismarckpflanze sicher, ja, sie bringt Eisenbahnarbeiten und Häuser in die Gefahr des Einsturzes. Ein umfangreicher Schussdienst in ihrer Bekämpfung ist in allen größeren Städten organisiert worden und hinsichtlich angelegte Blamattentäger sind dauernd unterwegs, die schädlichen Tiere wegzufangen. Auch hier besteht die Möglichkeit der Krankheiten und Schädlinge der Nutzpflanzen; aus der großen Zahl seien nur einige herausgerufen, die sich gegen die Wandkrankheiten des Getreides, den Stachelbeerrost, den Wurzelbrand der Rüben, die Kleeseide, die Reblaus u. a. Pflanzenvernichter wenden.

Wie bereits hienemieden, sind die meteorologischen Bedingungen auf das Pflanzenwachstum und auf die Bildung von Pflanzenschädlingen von großer Bedeutung. Dies zu erforschen und genau zu beobachten ist an die Biologische Reichsanstalt der Phänologischen Reichsanstalt angegliedert. Dem die Aufgabe zufällt, die jährlichen Entwicklungsgänge von Pflanzen und Tieren festzustellen. Man bedient sich zu diesem Zweck eines Beobachtungsnetzes, auszuwählende Zettel mit Vordruck, die an Naturfreunde,

an Gärtnereivereine und landwirtschaftliche Genossenschaften kostenlos abgegeben werden. Von diesen freiwilligen Helfern werden die Rubriken bis zum Jahresende ausgefüllt und als postfreie Dienstfahne an das Institut zurückgeschickt. Die Fragebogen zeigen auf, wann das erste Schneeschmelzen blüht, die Kirchen, Birnen und Äpfel, wann die ersten Maitriebe an Kiefern und Tannen herauskommen, im Frühommer den Beginn des Schossens der Heilmilch, und so fort durch die Monate bis zur Laubentfaltung. Die Fragebogen werden im Herbst gesammelt und miteinander verglichen. Das jeweilige und richtige Resultat wird mit den meteorologischen Beobachtungen verglichen und es lassen sich dann aus dem Ergebnis sehr greifbare Schlüsse für die planmäßige Entwicklung an sich oder die Entwicklung von Pflanzenschädlingen ziehen. So lassen — als interessante Beifügung — die Daten für den Eintritt der Blüte des Schneeschmelzens einen auffallenden Zusammenhang mit dem Verlauf der sich von Zeit zu Zeit einstellenden Feldmausplagen erkennen. Ebenso wurde beobachtet, daß der Befall der Fruchtnoten der Obstbäume durch den Monilla-pilz ipesell durch Späthäufigkeit gefördert wurde. Einer starken Verpflanzung des Frühlings folgt eine verpflanzte Ausaat, die wiederum den Befall der jungen Saaten mit Getreidefliegen begünstigt. In zahlreichen Fällen werden erst die phänologischen Aufzeichnungen die Grundlage bieten oder doch wichtige Fingerzeige abgeben für die Klärung der Biologie und Entwicklungsgeschichte wichtiger und gefährlicher Krankheitserreger und Schädlinge. Die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft hat sich außerordentliches Verdienst erworben durch die Gründung dieses phänologischen Reichsdienstes.

Manches Interessante erzählt man noch bei dem Besuch in dem genannten Institut, so z. B. daß fast jedes Jahr seine besonderen Plagen aufzuweisen hat. Wie man von einem Mätker, Jahrspricht, so kann man von Mäusejahren sprechen oder von Insektenjahren, wie es das Jahr 1924 war, wo der Befall unserer Kiefernwälder durch die Forstleute noch in jedem Jahre bemerkbar ist. Die letzten Jahre machten sich durch das rätselhafte Absterben der Wälder in Westdeutschland bemerkbar, eine Erscheinung, die noch nicht restlos geklärt werden konnte. 1926 mit seinem feuchten Sommer konnte wohl als Pilz- und Bakterienjahr anzusprechen sein; ebenso hatte das milde Frühjahr außerordentlich die Obstbaumschädlinge beunruhigt.

Die unmittelbare Aufklärung der Phänologie für die Landwirtschaft und damit für die Ernährung des deutschen Volkes liegt klar auf der Hand. Es wäre vielleicht eine sehr dankbare Anregung, die wir uns erlauben, der Biologischen Reichsanstalt zu geben, wenn der Reichsdienst die höheren Schulklassen als freiwillige Beobachter mit heranziehen wollte; das Wissen um diese Dinge würde den praktischen Unterricht in den Schulen ungemein vertiefen und eine allgemeinere Kenntnis der wichtigsten Naturvorgänge vermitteln helfen.

Ein Aufruf für die Opfer der Katastrophe in Sachsen

Die Arbeiterwohlfahrt veröffentlicht den folgenden Aufruf:

Die furchtbare Unwetterkatastrophe in Sachsen hat viele Todesopfer gefordert und hat über sehr viele Bewohner des Unfallsgebietes großes materielles Elend gebracht. Viele sind ihrer geringen Habe beraubt und stehen deshalb vor der Notwendigkeit, sich Existenz und Heim schaffen zu müssen. Reich und Staat müssen helfen, wie es ihre selbstverständliche Pflicht gebietet.

Dah die Arbeiterwohlfahrt ihre Pflicht erkannt hat, hat sich bei der ersten Hilfeleistung bewiesen, wo u. a. auch Reichsbanner und Arbeiteramateur sich zur Verfügung stellen. Der Hauptausgleich für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW 61, Welle Alliance-Platz 8, Telefon Dönhoff 8188 hat mit seinen geringen Mitteln ebenfalls zu helfen versucht. Er möchte diese Hilfe vervielfachen, deshalb wenden wir uns an die mit uns gleichführenden Kreise mit der Bitte: Beteiligen Sie sich an dem Werke der Solidarität und Nächstenliebe!

Es sind viele Arbeiter und Parteigenossen mit ihren Frauen und Kindern, die Tote beklagen, die vor den Trümmern ihres ehemaligen Heims stehen, die in Minuten das verloren haben, wofür sie die Kraft eines ganzen Lebens eingesetzt haben.

Es gilt, dem Elend zu steuern! Der Hauptausgleich der Arbeiterwohlfahrt ruft deshalb seine Untereinrichtungen und Mitarbeiter wie auch alle ihm nachstehenden Kreise zur aktiven Beteiligung an diesem Hilfswerk auf. Soweit nicht an die öffentlich bekannt gegebenen Sammelstellen der Arbeiterwohlfahrt in Sachsen unmittelbar Geldbeträge überwiesen werden, bittet der Hauptausgleich, Zahlungen auf sein Postkonto in Berlin Nr. 5982 unter der Bezeichnung „Nothilfe für Sachsen“ vorzunehmen. Die Gelder werden unverzüglich überwiesen; nach Abschluss der Aktion erfolgt öffentliche Quittung. Wer zur Hilfeleistung beitragen kann, der möge schnell handeln.

Eine eigenartige Finanzreform in Bayern

Nach langwierigen Verhandlungen im Schoße der Regierungsbereitschaft ist dem bayerischen Landtag nun endlich der Gesetzentwurf über den vielumstrittenen innerbayerischen Finanzausgleich ausgegangen. Die Vorlage, die schon im Laufe der nächsten Woche vom Parlament verabschiedet werden soll, enthält folgende Bestimmungen, durch die den Gemeinden, Bezirken und Kreisen neue Mittel zufließen: Die Gemeinden erhalten die Ermächtigung, von allen im Gemeindebesitz wohnenden Personen, die selbstständig auf eigene Rechnung leben, eine sogenannte Verwaltungskostenabgabe in der

Höhe von höchstens 6 Mark jährlich zu erheben. Von dieser Abgabe sind die Schwertragsbesitzungen und Klein- und Sozialrentner befreit. Für die Rechnungsjahre 1927 und 28 werden ferner 5 Proz. des Anteils der Gemeinden und Kreise an der Einkommens- und Körperschaftsteuer einbehalten und diese Gelder nach dem Verhältnis der Vorkonkurse und der Aufwendungen für die Straßen vom Innenministerium verteilt werden. Weiterhin werden die Gemeinden ermächtigt, ihre Umlage bis zu 400 Prozent zu erhöhen, die Bezirke bis zu 230 und die Kreise bis auf 60 Prozent. Aus diesen Bestimmungen ergibt man, daß die finanzielle Hilfe für die in schwerer Not befindlichen Selbstverwaltungskörper in Bayern nicht vom Staat gewährt wird, sondern ausschließlich zu Lasten der Gemeinden geht.

Der Verkehr der deutschen Reichsbahn

Der Güterverkehr der deutschen Reichsbahn hielt sich im Juni fast auf der Höhe des Vormonats. Der geringe Rückgang ist auf die Feiertage des Monats zurückzuführen. Arbeitstäglich wurden 148 372 Wagen gestellt d. i. gegen den Vormonat 3225 weniger. Der Gesamtwarenbestellung blieb mit 3 709 303 um 80 884 gegen Mai zurück. Der Personenverkehr war im allgemeinen recht hoch infolge der Feiertage und infolge des beginnenden Sommerreiseverkehrs. Der Ausflugsverkehr war dagegen wegen der unangünstigen Witterung schwach. An Feriensonntagen sind 9288 mehr gestellt als im Vorjahr.

Der Betrieb setzte im Mai folgendes Bild: Die Einnahmen betragen 412,1 Millionen, davon 11,2 Millionen aus dem Personen- und Gepäckerverkehr, 270,8 Millionen aus dem Güterverkehr und 30,1 Millionen aus den sonstigen Einnahmen. Für Betrieb und Unterhaltung wurden 258,3 Millionen veranschlagt, persönliche Ausgaben 64,1 Millionen, sachliche Ausgaben 92,2 Millionen. Erneuerung der Reichseisenbahnanlagen 87,4 Millionen, im Dienst der Reparationspflichtverpflichtungen 45,2 Millionen, für die gesetzliche Ausgleichsrücklage 8,2 Millionen, für die Vermögensverbindungen 6,1 Millionen. Zum Ausgleich der Mindereinnahmen infolge Schwantung im Verkehr wurden 8,9 Millionen Reichsmark zurückgestellt. Für werbende Anlagen wurden 35,7 Millionen Reichsmark aufgewendet. Das Personal erfuhr eine Erhöhung um rund 14 000 auf 715 927 Köpfe.

Wie sie „abrüsten“ wollen

Das Heißeln auf der Marinekonferenz der drei Mächte Genf, 14. Juli. Am Donnerstag fand eine öffentliche Plenarsitzung der Marinekonferenz unter dem Vorsitz des amerikanischen Vizeadmirals Gifford statt. Es sprach der Chef der britischen Admiralität, Marineminister Bridgeman, der erklärte in Bezug auf die Beschränkung des Baues der Kreuzer, daß es insbesondere gelte, den Bau von großen Kreuzern von 10 000 Tonnen auf das Mindestmaß herabzusetzen. Er betonte, daß die britische Delegation

durch die von amerikanischer Seite erhobene Forderung von 25 Tausend Schiffe ernst beunruhigt worden seien. Einer solchen Zahl auszukommen, sei durchaus unmöglich. Nach dem Marineminister sprach der Führer der britischen Flotte im Weltkrieg, Admiral Jellicoe. Er hielt eine Ansprache, um auf Grund der Erfahrungen des letzten Krieges die Forderungen der britischen Admiralität nach einer bestimmten Anzahl leichter Kreuzer zu begründen, welche für die Verbindungen zur See unbedingt erforderlich seien. Er fordere 70 Kreuzer, obwohl nach seiner Ansicht während des letzten Krieges sogar 170 Kreuzer für das britische Reich als notwendig befunden worden waren. — Graf Tobii leitete den Standpunkt Japans dar. Er führte aus, daß das Ziel der Konferenz die Marineeröffnung erheblich herabzusetzen. Deshalb schlage Japan eine Delegation vor, dem britischen Reich und Amerika je 450 000 Tonnen und Japan etwas über 300 000 Tonnen an U-Booten zuzuschicken. d. i. an Kreuzern und Zerstörern zusammengekommen, auszuweisen. Dieses werde eine ungefähre Herabsetzung der gegenwärtig bestehenden, im Bau befindlichen oder geplanten Rüstung um 30 Prozent bedeuten. Die Zahl der großen Kreuzer von 10 000 Tonnen müsse für die Vereinigten Staaten und das britische Reich auf je 10 oder weniger und für Japan auf 7 oder weniger angelegt werden. — Der Führer der amerikanischen Delegation, Gifford, erklärte, daß der Standpunkt der japanischen Delegation mit dem japanischen Amerikaner in Bezug auf eine niedrigere Anhebung der Gesamttonnage für Kreuzer und Zerstörer im wesentlichen zusammenfalle. Er betonte, daß Amerika grundsätzlich verlange, daß jeder der drei Mächte eine Gesamttonnage an Kreuzern ausgesetzt werde, innerhalb welcher die einzelnen Mächte entsprechend ihren Bedürfnissen Schiffe verschiedener Tonnage und verschiedener Tonnage bauen können. Es sei unrichtig, daß Amerika unter allen Umständen die große Kreuzer von 10 000 Tonnen verlange. Im Gegenteil hätte die Zahl dieser Schiffe von der Gesamttonnage ab, die jeder der drei Mächte ausgeben werde. Zunächst müsse man über die Gesamttonnage einig werden, bevor man die Zahl der einzelnen Schiffe ernsthaft diskutieren könne.

Vereinsanzeiger Bei 5 u. mehr Zeilen 50 Pfg. die Zeile. Bei 10 u. mehr Zeilen 40 Pfg. die Zeile. Verlagspreis 10 Pfg. die Zeile. Bestimmungsort: Karlsruhe.

Karlsruhe
Arb.-Vereins „Solidarität“ Sonntag, 17. Juli, Beteiligung am Sommerausflug in Mühlburg. Abfahrt 1 Uhr. Kassenöffnung 10 Uhr. Treffpunkt beim Vereinsportleiter betr. Radklub. Unser Gartenfest findet am 24. Juli statt. 5798. Die Vereinsleitung.
D. M. R. — Bleicher und Antikallatur. Sonntag, 17. Juli, Familienausflug nach dem Weiden Kreuz. Treffpunkt 7.30 Uhr Durlacherort. Reise Beteiligung erwünscht. 5799.

Donnerstag, den 21. Juli, Schluß meines Sommer-Räumungs-Ausverkaufs
 Kleider- und Seidenstoffe nur erstkl. Qualitäten
 Meine fabelhaft billigen Preise, meine ganz gewaltige Auswahl besonders noch verstärkt durch Neuankünfte aparter Neuheiten, bedeutet eine Sensation f. Karlsruhe u. Umgebung.
Spezialhaus Otto Lewin Karlsruherstraße 28 im Friedrichshof Karlsruhe i. B. 5789

Schlaf-Zimmer Für den der wenig verdient, ist es nützlich, zu wissen, daß der **Schuh im Hof billiger** ist als der Schuh im Laden. Kleine Miets. Kleine Spesen. Kleiner Gewinn **J. A. Ottvad, Schuhwaren** Körnerstraße 18 (Hof) 5794
 Druckmaschinen aller Art liefert

Sonder-Angebot während meines Jubiläums-Verkaufs
 Beachten Sie diese günstige Kaufgelegenheit, da ich sämtliche Preise in allen Artikeln bedeutend reduziert habe.
Haustuch weiß, 150 cm breit, schwere Qualität 1.25
Halbleinen weiß, 150 cm breit, extra schwere Qualität für Betttücher p. Mtr. 2.10 1.80 1.50
Bettendamast 130 cm breit, nur prima Qualitäten p. Mtr. 3.50 3. — 2.50 2. — 1.80 1.60
Haustuch weiß, 130 cm breit, für Bettbezüge u. Wäsche außerordentlich billig per Meter 1.65 1.50 1.30
Haustuch weiß, 110 cm breit, per Mtr. 95
 Große Auswahl **Schlafdecken, Kamelhaardecken**
Arthur Baer, Kaiserstr. 133
 Eingang Kreuzstraße, gegenüber der Kleinen Kirche. Verkaufsräume nur eine Treppe hoch.

„Wetterfest“ ist unser **Sport-Anzug mit 2 Hosen** Ausserordentlich strapazierfähig für nur **Mk. 68.-** bei bequemer Teilzahlung. Unentbehrlich für **Touristen und Stadtleute** Eine unverbindliche Bestätigung überzeugt Sie! **„BADENIA“** Bekleidungshaus f. Herren u. Damen Kaiserstrasse 14 a 5795

Stadion Durlach Einweihungsfeier
 Samstag, den 16. Juli 1927, abends 8 Uhr **Öffentlicher Tanz**
 Sonntag, den 17. Juli 1927, mittags 2 Uhr ab Bahnhof Durlach zum Stadion mit Musik.
 Von 3 Uhr ab sportliche, gesangliche und musikalische Darbietungen in den Sälen des Stadions und auf sämtl. Sportplätzen
 Ab 6 Uhr Festprogramm veranstaltet vom Gesangsverein „Concordia“ Karlsruhe u. Gesangsverein Nähmaschinenbauers Durlach Eintritt 30 Pfennig
Ab 8 Uhr Tanzbelustigung
 Die Veranstaltungen finden bei jeder Witterung statt

Kaufen Sie keinen Gasherd
 bevor Sie nicht das neue Modell von **JUNKER & RUH 1927** gesehen haben. Sie finden Vorteile die von praktischem Wert sind. Die neuen Modelle kosten **Mk. 120 Mk. 135 Mk. 165** Anzahlung ab monatl. Rate ab **Mk. 8.-** 5787 **Mk. 11.-**
 Alle Gasherde werden zurückgenommen
Kohlenherde ab 75.- m. Nickelsticht bei Ratenzahlung

Berliner Schwarzmeierscher Kinderchor. Samstag, den 16. Juli ds. Js., abends 8 Uhr **Liederkonzert** in der Städt. Fruchthalle in Rustatt. Eintrittspreis für Erwachsene 1 Mk., für Schüler 50 Pfg. Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Die Chorleitung.** 935

Ausnahme-Angebot! Für nur 10 Mark Anzahlung und wöchentliche Rate von 2 Mark, erhalten Sie ein la. Damen- oder Herrenrad, Nähmaschine od. Emailherd, weiß mit langjähriger Garantie.
Gebrauchte Fahrräder, Nähmaschinen und Herde von 30.- an
 Damenrahmen neu 25.- an, mit 1 Jahr Garantie
 Herrenrahmen neu 23.- an, mit 1 Jahr Garantie
 Prima Bielefelder Fabrikat
 Fahrrad-Mantel von 2.30 an
 Fahrrad-Schläuche von 1.20 an
 Ketten, prima von 1.30 an usw.
Kunzmann, Zähringerstraße 46 Karlsruhe

Wahnung. Die Beträge für den abgelaufenen Monat waren vom 4. bis 10. d. Mts. an unserem Kassenhalter einzuzahlen. Die säumigen Schuldner haben letzt durch den Kassenboten sofort Zahlung zu leisten, andernfalls ohne weiteres die bei Vollstreckungsberechtigten vorgezeichneten Maßnahmen durchgeführt werden müssen.
 Vorstehende Mahnung findet keine Anwendung auf Arbeitgeber, welche die Beiträge nach jeder Lohnzahlung abzuführen haben.
 3904
 Karlsruhe, den 11. Juli 1927.
Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe
 Der Vorstand: W. Hof

28. kost. ein Anzug anzuvertrauen, 6 Wrt. die Schöpfung und Garantie tabel. St. Waghmeider Schmitt, Dagsfeld, Schulstraße 49
Left den Volksfreund

Tüchtiger Maurer und Zementeur der gewohnt ist, selbständig u. gewissenhaft zu arbeiten, und öfters auswärtig sein muß, im Alter von 22-28 Jahren gesucht. Angebote mit Beschreibung d. bisherigen Tätigkeit befordern unter Nr. 928 das Volksfreundbüro.
Asphalteur tüchtiger, fleißiger zuverlässiger Mann, der vollkommen selbständig arbeiten kann, gefucht. Offerten unter Nr. 5788 an das Volksfreundbüro.
Schlafzimmer-Bilder preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung. Valentin Schäfers Kunsthandlung, Kaiserstr. 38

Straßenperre. Zweck Herstellung neuer Waldstraßen werden nachfolgende Straßenstraßen des Amtsbezirks Karlsruhe jeweils während der Arbeitsausführung voraussichtlich in die beilegezte Zeit fällt, für den gesamten Fahrverkehr von morgens 6 bis abends 7 Uhr gesperrt:
 1. Kreisweg Nr. 3, zwischen Späth und Neustadt vom 22. bis 25. Juli.
 2. Kreisweg Nr. 12, zwischen Späth und Büchsenweg am 26. und 27. Juli.
 3. Kreisweg Nr. 11, zwischen Stoffort und Spenglerfeld vom 27. Juli bis 2. August.
 4. Kreisweg Nr. 2, zwischen Spenglerfeld und der Altonstraße bis zum Stutenferiweg vom 2. bis 8. August.
Umgehungsweg:
 Bei D. 3. 1. Späth, Büchsenweg, Neustadt.
 D. 3. 2. Späth, Stoffort, Büchsenweg.
 D. 3. 3. Stoffort, Büchsenweg, Spenglerfeld.
 D. 3. 4. Altonstraße, Kreisweg Nr. 9, Spenglerfeld, Kreisweg Nr. 55.
 D. 3. 5. Kreisweg Nr. 2, Büchsenweg, Spenglerfeld.
 Umgehungswegungen werden gemäß § 121 Abs. 1 Str.-O.-B. mit Geld oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
 Karlsruhe, den 11. Juli 1927.
 Bad. Bezirksamt — Abt. IV.

Arbeiter! Verlässlichkeit bei Eueren Einkäufen die Interessen dieser Zeitung!

Eröffnung der neuen Postautolinie Bühl-Sand-Kaumünzsch

Eine Autolinie Bühl-Kaumünzsch! Also eine direkte Verbindung des Bühltales mit dem Murgatal, ja sogar bis hinüber zu den Schwaben nach Freudenstadt! Eine derartige praktische Verbindung zu schaffen und damit die Höhen des nördlichen Schwarzwaldes mit seinen herrlichen Naturschönheiten und Kurorten, sowie das Murgatal auf rasche und bequeme Art zu erreichen und bewundern zu können, war der Grundgedanke bei der Errichtung dieser neuen Postlinie Bühl-Sand-Kaumünzsch.

Gestern Donnerstag fand die Eröffnungsfeier statt, zu der sich außer dem Bürgermeister Dr. Grüniger aus Bühl die Bühler Verkehrscommission, von der Oberpostdirektion Präsident Laemlein, die Posträte Hennenderger und Rutzart, Landrat Willmayer-Bühl, sowie interessierte Kreise und Pressevertreter in Bühl eingefunden hatten. Vor dem Bahnhof fand eines der Verkehrsauto bereit, um die Gäste nach den Bergeshöhen zu führen. Zunächst wurde im „Badischen Hof“ ein Frühstück eingenommen, bei dem Bürgermeister Dr. Grüniger die Gäste bewillkommnete und die Bedeutung der neuen Linie in volkswirtschaftlicher und verkehrspolitischer Hinsicht würdigte. Er betonte die Oberpostdirektion, insbesondere Herrn Präsidenten Laemlein in den Dank für das große Entgegenkommen, das seitens dieser Seite der Sache entgegengebracht worden ist.

Nun wurde mit der Fahrt begonnen und zunächst der Groß-Reifenweg Garbrecht in Bühl ein Besuch abgestattet. Es ist dies eine Kessellandschaft von einem Umfange, wie wohl selten in Deutschland eine derartige zu finden sein wird. Die Zahl der verlandeten Reifen geht in die vielen Tausende. In schöner Fahrt ging es dann durch Mischweiler, Bühltal, hinauf nach Sand, Plätzle, Bühlereiche, die höchsten Steigungen wurden von dem Auto ohne weiteres überwunden. Landschaftsschönheit auf Landschaftsschönheit offenbarte sich dem Auge. Die Strohen befinden sich dank den Bemühungen des Oberpostmeisters aus Bühl in tadellosem Zustande. Auf der Bühler Höhe wurde das Mittagessen eingenommen, bei dem Präsident Laemlein in einer Ansprache auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der neuen Linie hinwies und in interessanter Weise die Entwicklung der sozialistischen Verhältnisse in dieser Gegend schilderte. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß die neue Linie, die eine Zufahrtsstraße zu der geplanten Höhenstraße bilden werde, der Bühler Gegenstand Wohlbe zereichen möge. Herr Geppert-Bühl nahm die Gelegenheit wahr, dem Präsidenten Laemlein zu danken für das große Interesse und Wohlwollen bei der Errichtung der Linie. In schnellem Tempo brachte der Omnibus die Gäste weiter nach Herrenwies, wo der Kaffee eingenommen wurde und Bürgermeister Dr. Grüniger den beiden Direktoren der Bühler Höhe für ihre Gastfreundschaft dankte. Auf schöner Straße, umsäumt von herrlichen Tannenreihen, fuhr das Auto dem Murgtal zu, vorbei am Stausee des Schwarzenbachtals und dann durch das Hundsbachtal nach Hundsbach und Hundsed. Auch hier wurde in Ansprachen, u. a. von Landrat Willmayer das errichtete Werk gefeiert. Nur zu bald mußte Abschied genommen werden von den herrlichen Höhen und ohne jede Schwierigkeit — der beste Beweis von der Zuverlässigkeit der Wagenführer der Reichspost und der Wagen selbst — am Ende des Tages zum Ausgangspunkt der Fahrt, dem schönen Bühltal zu. Hier betrat Landrat Willmayer den Bürgermeister Dr. Grüniger den herzlichsten Dank für dessen Bemühungen um das Zustandekommen der neuen Linie.

Die herrliche Fahrt ist beendet, sie hat wunderbare Eindrücke der Teilnehmer gemittelt lassen, Eindrücke, welche die Fahrt unvergesslich machen. Mögen all die Hoffnungen, die an die Errichtung der Linie gestellt werden, sich erfüllen.

Kleine badische Chronik

Malsch, Kinderfest. Kommen Sonntag, 17. Juli, hält der Männervereinsverein „Concordia“ Malsch sein traditionelles Kinderfest ab. Ein imposantes Schauspiel wird wieder der Festzug bilden mit seinen vielen originellen Gruppen. Etwa 600 Kinder und 4 Musikgruppen wirken mit. Der Festzug beginnt um 2 Uhr nachmittags. Wer der Jugend eine Freude bereiten will, der komme am Sonntag zum Malscher Kinderfest.

Suttsheim. Dienstag nachmittags wurde hier der 49jährige Ludwig Beck vom Blis erschlagen, als er unter einem Baume stand. Seine Frau und seine Tochter waren einige Meter von ihm weggegangen ins Gebüsch und kamen mit dem Schreden davon.

Milfedingen (Amt Forstheim). Der 44jährige Landwirt Wilhelm Kröner war damit beschäftigt, eine unter dem Dachstuhl befindliche Leiter herunterzuholen, wobei er plötzlich abwärts und schwer verletzt ins Krankenhaus, wo innere Verletzungen und ein Schädelbruch festgestellt werden konnte. Es besteht Lebensgefahr.

Stodach. Der Mechaniker Bullinger von hier verunglückte mit seinem Motorrad auf dem Bahndamm bei Eisenhausen und blieb mit einem schweren Schädelbruch liegen.

Wannheim. Am Bahnhof in Neckarau spielte sich eine kleine Liebestragödie ab. Ein 22 Jahre alter Tagelöhner gab nach vorausgegangenem Streit auf eine Fabrikarbeiterin einen Schuß ab, der jedoch nicht traf. Der Täter konnte festgenommen werden und wurde ins Amtsgefängnis eingeliefert. — Ein 44 Jahre alter Tagelöhner vor hier, der sich in Unterjuchungsbahn befand, hatte an seinem Bein die Blech- und Eisenstücke entfernt und sie geschluckt. Nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb er. Man hatte in seinem Magen 400 Gramm Eisenstücke gefunden. — Dienstag nachmittags wurde auf der Brückenstraße die ledige 25 Jahre alte Kellnerin Marie von einem in rascher Fahrt daherkommenden Lieferwagen der Fabrikerei Kramer überfahren. Sie wurde mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen ins Städt. Krankenhaus eingeliefert. Wie man hört, soll der Chauffeur die Schuld an dem Unfall tragen.

Waldorf. Das zweiährige Söhnchen der Frau Bitta Wittmer fiel in einen auf dem Boden stehenden Topf heißer Brühe. Das Kind erlag im Heidelberger Krankenhaus seinen schweren Brandwunden.

Weinheim. Als gestern nachmittags auf dem Weinheimer Nebenbahnhof ein Mädchen aus Weinheim in den Zug einsteigen wollte, gab ein junger Mann auf das Mädchen aus unmittelbarer Nähe einen Revolvererschuß ab; das Mädchen brach im Zuge zusammen. Die Verfolgung des Täters wurde sofort aufgenommen. Er konnte gefaßt werden. Das Mädchen, das mit dem Täter ein Liebesverhältnis hatte und anscheinend nichts mehr von

Der Nachtrag zum Staatsvoranschlag

Etat des Innenministeriums — Die Landwirtschaft — Das Siedlungsproblem — Etat des Unterrichtsministeriums — Mensa-Freitarten in Heidelberg

h. w. Karlsruhe, 14. Juli.

Wieder mal eine Landwirtschaftsdebatte! Da werden alle Berechnungen über den Landtagsschluß, alle Vereinbarungen der Vertrauensmänner, alle Dispositionen des Präsidenten über den Dausen gemessen. Für die Landwirtschaft hat der Landtag unbeschränkte Zeit. Jede Partei will das Rennen um die Gunst der Bauern machen. Wie wäre man gestern über die Beamten hergefallen, wenn ihre Besoldungsfrage und ihre 123 Geulche, die sich in zwei Jahren Bitten und Betteln angehäuft haben, in derselben ausführlichen und gründlichen Weise besprochen worden wäre, wie es heute mit den Wünschen der Landwirtschaft geschah? Selbst der Kommunist drohte eine über einleitende Rede an! Alles aus Liebe zur Landwirtschaft! In gründlicher Weise wurde das Siedlungsproblem besprochen, das aber u. E. trotz aller schönen Reden, trotz aller guten Absichten und trotz aller großen Pläne, doch für absehbare Zeit nur ein Problem bleiben wird. Es wurde in schönen Theorien gemacht; ob ein praktischer Erfolg nachfolgen wird, ist abzuwarten. Lebt ist es nicht, den jahrhundertelangen Zug nach dem Westen, über das große Wasser, nach Osten abzuwenden.

Nachdem die Landwirtschaft ausreichend behandelt war, ging dann die weitere Beratung des Etats flott von statten. Die verschiedenen Anforderungen an das Innenministerium wurden glatt bewilligt, ebenso die Beträge für die Wohnungsfürsorge. Beim Voranschlag des Unterrichtsministeriums betätigten sich nur die Kommunisten; Herr Bod tannete mit einer förmlichen Anfrage offene Türen ein. Hierauf wurde auch der Etat dieses Ministeriums ohne Ausnahme genehmigt. Lebhafter dürfte es beim Finanzministerium werden, zu dessen Etatberatung eine große Anzahl Anträge vorliegen, die sich hauptsächlich mit der Steuerfestsetzung betreffen. Die Erhebung des Etats dieses Ministeriums dürfte wohl noch eine oder zwei Sitzungen beanspruchen.

Der Landtag wird nun nicht, wie es ursprünglich beabsichtigt war, diese Woche in die Ferien gehen können. Nächsten Dienstag findet eine Sitzung statt. Für Mittwoch ist ein Besuch in Rehl und in Breisach geplant. Donnerstag oder Freitag hofft man dann zu Ende zu kommen.

42. Sitzung.

Es ist bereits wieder halb 11 Uhr als Präsident Dr. Baumgartner die auf 10 Uhr anderermode Sitzung eröffnete. — Zunächst wird eine kurze Anfrage betr. Bodenreinerklärung beantwortet. Es wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen noch nicht begonnen haben. — Eine weitere kurze Anfrage betr. die Unmetterschäden wird vom Minister des Innern beantwortet. Der Umfang der Schäden ist noch nicht völlig festgestellt; eine Kommission ist mit der Feststellung betraut. Wenn die Regierung eine Hilfe für nötig hält, wird sie die nötigen Mittel beim Landtag anfordern. — Danach wird in der Wetterberatung des

Nachtrag zum Staatsvoranschlag
fortgefahren. Zur Hauptabteilung Ministerium des Innern erstattete Abg. Weidmann den Bericht über die unter Abschnitt Landwirtschaft und Ernährung nachgeforderten Beträge. — Am Anschließ hieran berichtet Abg. Dr. Glöckner über den Abschnitt Wohnungs-fürsorge, der zwar zur Hauptabteilung Finanzministerium gehört, jedoch bei diesem Abschnitt behandelt werden soll.

Abg. Klüber (Landb.) beschäftigt sich mit der Siedlungsfrage, wobei er arbeitsmäßig das wiederholte, was bereits in der Denkschrift des Innenministeriums veröffentlicht ist. — Abg. Weidmann (Agr.) behandelt ebenfalls die Siedlungsfrage. Der Auswanderung nach Übersee müsse mit allen Mitteln entgegenwirken werden. Klär wäre im Reich und im Lande genügend für Siedler vorhanden; aber die Schwierigkeit sei die Geldbeschaffung. In Baden wäre es gut möglich, Siedlungsgebiete zu schaffen. Auf dem Mainwalde könnte eine ganze neue Gemeinde geschaffen werden.

Abg. Dr. Engler (Soz.)

begrißte die im Hause herrschende Einmütigkeit in der Siedlungsfrage. Sehr oft wurden in den letzten Jahren Maßnahmen der Regierung aus politischen Gründen hinterzogen. Aber etwas will, muß auch die Mittel bringen, sondern auch jene, die schon seit alters her über den Boden verfügen. Zweck der Siedlung ist, recht viele Leute in der Landwirtschaft zu beschäftigen, um die Produktion zu steigern. Der landwirtschaftliche Bevölkerungszuwachs soll auf dem Lande Beschäftigungsmöglichkeit haben. Es gibt in Baden noch einige Landstriche, die besiedelt werden können. Beträchtliche Strecken wurden in den letzten Jahren urbar gemacht. In Bayern hat man solche Gebiete einfach enteignet und dann nach der Urbarmachung wieder zurückgegeben. Es wurden so Müttergüter geschaffen. Die Zusammenlegung ist für die landwirtschaftliche Siedlung das wichtigste. Aber hierfür noch eine Belohnung geben, das geht doch nicht. Die Einsicht muß bei den Landwirten selbst vorhanden sein, Staatsprämien sind ungeeignet.

ihm wissen wollte, hatte vorher einen Streit mit dem jungen Manne. Der Schuß soll nicht lebensgefährlich sein. — Am Montag, 18. Juli, findet hier eine Badische Verkehrsfeier statt, mit der Tagesordnung: Süddeutsche Autofrauenprojekte, Rheinbrückenfrage, Ferngasversorgung, Verkehrsfeindlichkeit der Reichsbahn usw.

Mühlensbach. Beim Kirchengesängen kürzte am Dienstagabend der Landwirt Josef Uhl vom Baum und zog sich schwere innere Verletzungen zu, so daß er starb.

Schwere Gewitter mit Hagelschlag in Mittelbaden

Hd. Badr., 14. Juli. Von einem schweren Unwetter wurden die Gemeinden Ronnenweier und Wittenweier heimgesucht. In der Gegend von Ronnenweier war der Hagelschlag so stark, daß die Ernte stellenweise bis zu zwei Dritteln vernichtet worden ist. Besonders schwer haben die Tabakpflanzungen gelitten. Wittenweier stand zum großen Teil infolge des wolkenbruchartigen Regens im Wasser. In die Keller, Scheunen und Stallungen drang das Wasser ein. Der Hagelschlag hielt über eine halbe Stunde an und hat den Feldfrüchten schwer angetan.

Weder in einem Gesetz noch in einem Tarif steht etwas von Wirtschaftsentzug. Wichtiger als die Urbarmachung ist die Steigerung des Ertrages. Es kann auch damit nur einem kleinen Teil der Ueberflusses der Bevölkerung abgeholfen werden. In gewissem Umfang wird man auch Hochwasserabwehr betreiben lassen müssen. Auf Jahresziele hinaus besteht die Möglichkeit, den Bevölkerungszuwachs anzuhäufeln. Die Siedlungsfrage ist keine Bevölkerungsfrage von nationalem und volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte aus zu behandeln. Vom nationalen Gesichtspunkte wäre es auch zu begrüßen, wenn deutsche Arbeiter durch deutsche Siedler ersetzt würden. Man hätte die Siedlungsfrage schon vor dem Kriege in Angriff nehmen müssen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Hofheim (Dem.) beschäftigt sich mit der Umsiedlung der Bevölkerung, die eine Verdünnung des flachen Landes zur Folge habe. Die Siedlungsfrage sei eine Produktions- und Menschenfrage. Die Umsiedlung des Großgrundbesitzes, so weit er nicht mehr rentabel sei, in leinbäuerliche Betriebe ist nötig. Die Bodenreformulation müsse verhindert werden. Kompetenzkonflikte zwischen Reich und Ländern sollten vermieden werden. — Abg. Bod (Komm.) verleiht die Zahl der vorhandenen Siedler mit der Zahl der bestehenden Siedlungsgebiete. Die ganze Siedlungsfrage liegt im Interesse des Großgrundbesitzes.

Um 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr festgesetzt.

43. Sitzung.

In der Nachmittagsitzung gibt zunächst der Präsident ein Parteitelegramm des badischen Landtagspräsidenten für die Anteilnahme Badens an dem Unwetterunglück in Sachsen bekannt. — In der fortgesetzten Aussprache über das

Siedlungsproblem

meint Abg. Dr. Mattes (Deutsche Volksp.), daß die Ausschüsse für Siedler im Osten doch nicht so langsam seien, wie sie heute früh hingestellt worden seien. Man kann heute noch nicht sagen, daß jene Betriebe eine gute Zukunft hätten. Nachfrage besteht nur, weil die Erwerbsmöglichkeit dort geringe seien. Dennoch unterfalle jene Betriebe die Sache. — Abg. Hof (Zentr.) behandelt die Frage, ob es in Baden Bauern gibt, die als Siedler in Frage kommen. Für den badischen Landtag wäre es eine Siedlung im Osten kaum in Betracht, denn er kann sich nicht das Kapital befordern, das zur Anhebung nötig ist. Dennoch ist zu begrüßen, wenn die Siedlungsfrage von der badischen Regierung gefördert wird. Auch die Innenkolonisation sollte mehr gefördert werden. — Die Debatte über die Siedlungsfrage ist damit erledigt.

Abg. Klüber (Zentr.) bringt Wünsche einiger Gemeinden vor, die durch Hochwasser geschädigt wurden. Die Behörden seien ungleichmäßig vorgegangen. — Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) unterfalle die vom Vortrager vorgebrachten Wünsche. — Abg. Beschler (Komm.) ermahnt um empfindliche Ueberweisung der diesbezüglichen Gesuche der Gemeinden, und beschäftigt sich dann mit der Tätigkeit der Polizeikommission und mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz. — Abg. Herle (Landb.) hat auch Wünsche geschädigter Gemeinden vorzubringen.

In der Abstimmung wird ein Antrag der Kommunisten auf weiteres Entgegenkommen für die kleinen Gemeinden, die keine Entschädigung bisher erhalten haben, angenommen. — Die einzelnen Positionen des Abschnitts Innenministerium werden hierauf genehmigt. Ebenso die Anforderungen für die Wohnungsfürsorge. Die zu diesem Titel vorliegenden Gesuche werden entsprechend den Anträgen des Ausschusses verhandelt.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Abg. Wüderl (Soz.) gibt den Ausschussbericht. — Im Anschluß hieran begründet Abg. Bod (Komm.) eine förmliche Anfrage betr. die Weigerung der Universität Heidelberg, an unbemittelte Studenten Mensa-Freitarten auszugeben, jedoch die Studienbeiträge einzutreten muß.

Minister des Kultus und Unterrichts beantwortet die förmliche Anfrage dahin, daß die lokale Fürsorge für Studenten in den Händen der Wirtschaftsbüro der deutschen Studentenschaft liegt. In Heidelberg standen der sogenannten Mensa-Kommission Mittel nicht mehr zur Verfügung. Sie hat aber die Freitische fortgesetzt und das Zusammenbringen gemacht. Es ist erwünscht, daß die Mittel zur Gewährung von Freitischen erhöht werden. Heidelberg konnten in den letzten Tagen aus Reichsmitteln 3000 Mark ausbezahlt werden, die zur Hälfte für Freitische, zu anderen Hälfte zur Verbesserung der Kost verwendet werden. — Eine weitere Debatte über die Freitische. Der Voranschlag des Unterrichtsministeriums wurde hierauf genehmigt; ebenso werden die hierzu vorliegenden Gesuche nach dem Antrage des Haushaltsausschusses erledigt.

Finanzministerium

Berichterstatter über die verschiedenen Abschnitte und Anträge sind die Abg. Seubert, Abg. Dr. Mattes und Abg. Dr. Engler; ersterer über den allgemeinen Etat des Finanzministeriums, der zweite Redner über die Denkschrift betr. Straßenbau und der letztere über die vorliegenden Anträge. — Nach den Berichterstattungen wird um 1/2 Uhr abgebrochen und die nächste Sitzung auf Freitag vormittag 9 Uhr festgesetzt.

Hd. Hofmannen (bei Rehl), 14. Juli. Von schwerem Unwetter sind die Gemeinden Hofmannen und Linz heimgesucht worden. Etwa eine halbe Stunde lang fiel Hagel in der Größe von Taubenieren. Die Gerste ist bis zu 80 Prozent ausgefressen, der Tabak fast vollständig vernichtet. Wintergetreide hat etwas weniger gelitten. Dagegen wurde der Obsttrug schwer mitgenommen.

Hd. Furzwagen, 14. Juli. Bei einem sehr schweren Gewitter wurden gestern mehrere elektrische Leitungsdrähte auf freiem Felde völlig zerplatzt. In der Nähe arbeitende Mäher wurden vom Blitzschlag betäubt. Der Blitz fuhr den Leitungsdrähten entlang in drei benachbarte Höfe, ohne jedoch zu sünden. In einem Stalle wurde ein Pferd betäubt; glücklicherweise war daselbst mit einem Geiß und Nicht mit einer Kette angebunden, sonst wäre es wohl verloren gewesen.

Hd. Weinheim, 14. Juli. Ein schweres Unwetter ist über das Gerzheimer Tal gesogen. Das Getreide lag wie festgemalt auf dem Boden. Korntoffeln und Rüben sind teilweise zerstört. In Unterlödenbach schlug der Blitz in das Wohnhaus des Landwirts Georg Zint, glücklicherweise ohne zu sünden.

TOTAL-AUSVERKAUF
zu bedeutend herabgesetzten Preisen wegen Geschäftsaufgabe
SPORT-BEIER / Kaiserstraße 174

Freistaat Baden

Die Wasserkraft und Wasserstraßen Badens

Die Wasserkraft und Wasserstraßen Badens. Das neueste Werk der Bayerischen Industrie- und Handelszeitung München (Verlag F. C. Mayer, G.m.b.H., Brienerstraße 9), ist als illustriertes Sonderheft über Baden und seine Wasserkraft erschienen. Nach einem einleitenden Gesamtüberblick über die badische Wasserkraft, folgen eingehende und reich illustrierte Sonderabhandlungen über das Badenwerk (von Oberbaurat Bettendorfer), das Schluchsewerk (von Baurat Otto Henniger-Karlsruhe), das Großkraftwerk Hagen-Schwarzwald (von Dr. B. Haas-Schwarzwald), die Bodenseeregulierung (von Syndikus Dr. Haas-Konstanz), die staatlichen Hafenanlagen in Mannheim und Mannheim (von der badischen Hafenverwaltung in Mannheim) und die Umspannung Rheinau. Von Oberbürgermeister Dr. Julius Müller-Karlsruhe stammen interessante Ausführungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Karlsruher Rheinabfahranlagen. Das reichhaltige Bestehen des Rheinisch-Schwarzwald-Bundes gibt dem Beschäftigten des Verbandes, Dr. Braun-Konstanz, Anlaß, das wertvolle Wirken des Verbandes zu schildern. Von dem badischen Verleger erhält die Wirtschaft des Badischen Seektalles eine detaillierte Schilderung, die ein gutes Bild von dem regen Wirtschaftsleben in der Südwüste des deutschen Reiches gibt. — Die schiffahrtliche technische Teil dieser Sondernummer bietet eine Reihe von Bildern aus der badischen Großindustrie. Wir haben die „Schiffahrtsmotor in der Binnen-Schiffahrt“ und „Moderne Maschinenführung“.

Der Vorschlag der evangelischen Landeskirchensteuer

Die oberste Behörde der Badischen Landeskirche gibt heute den Vorschlag der evangelischen Landeskirchensteuer für die Zeit vom 1. April 1927 bis zum 31. März 1928 bekannt. Wie daraus zu ersehen ist, beträgt die Summe der Ausgaben 6 482 600 M. Die Lasten (Abgaben, Steuern von Schulbeiträgen) belaufen sich auf 356 600 M. Die Verwaltungskosten betragen 331 650 M. Sie betreffen die Besoldung der ständigen Beamten mit 22 900 M, die Unkosten der Kirchen und die Ruhe- und Unterhaltungskosten mit 6800 M, die Erhaltung und Reparatur der Kirchenbauten mit 220 000 M usw. Die Ausgaben für die Kirchenverwaltung betragen 12 000 M. Die Kirchenverwaltungskosten betragen sich auf 5 784 850 M. Zu ihnen gehören: Kosten der Kirchenverwaltung 12 000 M, Kosten der Kirchenverwaltung 307 900 M, Besoldung der ständigen Geistlichen 556 000 M, Besoldung der außerplanmäßigen Geistlichen 556 000 M, Besoldung der Kirchenräte 90 000 M, Dienstauslagen und Stellvertretung 44 500 M, Ruhegehalt 470 000 M, Hinterlassenenrenten 590 000 M, Aufwand für den Dienst in der Kirche 67 750 M, Aufwand für den Religionsunterricht an Fortbildung- und Fachschulen 297 010 M, Miene der Kirchenmusik 16 200 M, Aufwand für die kirchliche Presse 16 000 M, allgemeiner Aufwand 170 800 M.

Auf die Deckung des Aufwandes werden verwendet der Reinertrag der Zentralverwaltungen mit 888 000 M, der Staatsbeitrag zur Kirchenverwaltung 600 000 M, der Kirchenbeitrag 900 000 M, die Kirchenbeiträge von Gemeinden und Fonds mit 136 400 M, der Kirchenbeitrag von 2 129 530 M. Das weitere Erfordernis ist durch Steuererhebung nach den Vorschriften des Landeskirchensteuergesetzes auszubringen.

Gewerkschaftsbewegung

Um den Ueberstandenzuschlag

Die Antwort des Reichsarbeitsministers auf die Eingabe des Reichlichen Textilarbeiterverbandes zur Spruchpraxis des Schlichtungsbehörden ist soeben dem Verband zugesandt worden. An das Ministerium war die Frage gerichtet worden, ob den Schlichtungsstellen für die Spruchpraxis über die Bezahlung der Mehrarbeit über 48 Stunden hinaus Richtlinien dahingehend gegeben werden können, beim Zuschlag unter 25 Prozent zu bleiben, und ob der Reichsarbeitsminister dafür sorgen wolle, daß die ihm unterstellten Schlichtungsstellen bei den Zuschlägen für Mehrarbeit über 48 Stunden hinaus durch Schlichtungsstellen keine Beschränkungen der Bestimmungen des § 6a des Arbeitszeitgesetzes vornehmen.

Darauf antwortete der Reichsarbeitsminister:

„Wie bereits mein Vertreter auf Ihrem Verbandstag erwähnt habe, ist den Schlichtungsstellen die Möglichkeit der Beschränkung der Mehrarbeit nicht gegeben. Die Tätigkeit der Schlichtungsstellen ist lediglich die gesetzmäßige Vorrichtung der Schlichtungsstellen und es steht mir nicht zu, den Schlichtungsstellen eine solche Befugnis über ihre Entscheidung im Einzelfalle zu erteilen. Diesem bin ich auch nicht in der Lage, den zum Schluß der Schlichtungsstellen ausgesprochenen Anträgen zu entsprechen.“

Diese Antwort ist kurz und eindeutig. Der Reichsarbeitsminister erklärt, daß er den Schlichtungsstellen die Beschränkung der Mehrarbeit nicht geben kann. Er sagt natürlich nicht, daß der Reichsarbeitsminister die Schlichter von Zeit zu Zeit, bei wichtigen Anlässen, die die Tätigkeit der Schlichter betreffen, zu sich beruft und „informiert“, ist bekannt und nie bestritten worden.

Der Reichsarbeitsminister fügt hinzu, daß es ihm nicht zusteht, den Schlichtern Weisungen sachlicher Art über ihre Entscheidungen im Einzelfalle zu geben.“

Das hat kein Mensch vom Reichsarbeitsminister verlangt. Der Textilarbeiterverband hat nicht gefordert, daß Dr. Brauns die Schlichter anweisen soll, bei Schlichtungen in der Textilindustrie bestimmte Entscheidungen zu fällen. Es dürfte aber wohl keine unangenehme Überraschung der Schlichtungsstellen sein, wenn diese den § 6a des Arbeitszeitgesetzes aufmerksam gemacht werden, daß der Zuschlag von 25 Prozent für angemessen erklärt, den Schlichtern aber freistell, einen anderen Zuschlag zu vereinbaren.

Über den angeführten Prozentsatz nach der Zuschlag, daß die Parteien einen anderen Zuschlag vereinbaren können, ist von ungefähr 25 Prozent vor. Das Arbeitszeitgesetz ist beschlossen worden im Hinblick auf die Ratifizierung des Abkommens von Washington, das auch und nachher für einen Zuschlag von 25 Prozent zu arbeiten ein höherer Prozentsatz festsetzt. Deshalb müßte man im Hinblick auf die Vereinbarung eines höheren Zuschlages

Die anfängliche Spruchpraxis vieler Schlichter war aber derart, daß sie den 25 Prozent nicht der normale Mindestsatz, sondern der Höchstbetrag war. Das stand im Widerspruch zum Sinn und Wortlaut des Gesetzes. Darauf hinzuweisen ist nicht nur das Recht, es ist die Pflicht des Reichsarbeitsministers.

Soll man annehmen, daß der Reichsarbeitsminister dieser Tatbestand anerkennt, wenn er schreibt, daß für die Tätigkeit der Schlichtungsstellen die gesetzliche Vorschriften maßgebend seien? Man könnte das so deuten. Etwas weniger Bitterkeit wäre in einer so wichtigen Angelegenheit aber doch wohl

Aus aller Welt

Neue Unwetter in Sachsen

Dresden, 14. Juli. Heute nachmittags ist über Liebstadt und das obere Seydewitztal abermals ein überaus heftiger Wolkeneisbruch niedergefallen, der eine etwa 3 1/2 Meter hohe Fichtwelle hervorrief. Die Wiener Feuerwehr sowie die im Unwettergebiet arbeitende Reichswehr wurden alarmiert, doch ist irgendetwas nennenswerter Verletzungen oder Sachschaden nicht zu verzeichnen. Alle Gerüchte von einer neuen Katastrophe im Unwettergebiet sind übertrieben.

Dresden, 14. Juli. Wie die Amtshauptmannschaft Dippoldiswarde mitteilt, erhöht sich die Zahl der Opfer der Katastrophe um eine aus dem Delfenrund stammende Frau und ihr fünfjähriges Töchterchen von 32 auf 34.

Unwetter im Vogtland

Plauen, 14. Juli. Im ganzen Vogtland gingen heute früh schwere Regengüsse nieder, die die Bäche und Flüsse zum Anschwellen brachten. Für einige Orte an der Elster besteht Hochwasser-Gefahr, da das Wasser beständig steigt. Die Polizei hat an die Bewohner der tiefer gelegenen Teile einiger Orte Warnungen erlassen.

Eine Hitzwelle in den Vereinigten Staaten

New York, 14. Juli. In New York und anderen Städten an der Küste vor heute der heißeste Tag des Jahres. Die Temperatur schwankte zwischen 33 bis 38 Grad Celsius. In New York sind sieben in Palästina acht und mehreren anderen Städten zwei Personen an Hitzschlag gestorben. Viele Geschäfte hatten nachmittags ihre Betriebe geschlossen, um der Ausbreitung der Hitzwelle zu begegnen, für die Arbeiter zu erhalten. Feuerwehreinsätze brachten die Schlauchleitungen in Tätigkeit, so daß die Kinder sich an den kühlen Wasserstrahlen erfrischen konnten. Mehrere Tausend Personen blieben nackt am Strand.

Durch das Unglück wahninnig geworden

In der immer heimgekehrten Erzgebirgsgemeinde Berggießhübel wurde der Schlossermeister des Ortes von Wahninn befallen und mußte in die Landesirrenanstalt gebracht werden. Auch ein anderer Mann, der 48 Stunden lang seine Frau geliebt hatte, verfiel, als sie endlich im Wasser gefunden wurde, in Tobsuchtsanfälle und mußte ebenfalls in eine Irrenanstalt überführt werden.

Beim Rettungsversuch tödlich verunglückt

Berlin, 15. Juli. Ein junges Mädchen geriet bei Hochflut in Schwaben beim Baden in der Donau in einen Strudel. Ein vorübergehender verheirateter Postassistent, der der Erleuten zu Hilfe eilte, wurde ebenfalls von dem Strudel erfaßt. Beide fanden den Tod in den Wellen in Gegenwart der Frau des Postassistenten und des Vaters des Mädchens.

12 Jahre Zuchthaus für einen Mörder

Hagen (Westfalen), 15. Juli. Vom hiesigen Schwurgericht wurde der Landwirt Friedrich Müller, der eine Dienstmagd in bestialischer Weise ermordet hat, zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Schwerer Grabenunfall

Bachum, 15. Juli. Auf der Höhe Engelsburg ereignete sich ein schwerer Unfall. Zwei Bergleute hatten einen Schutzhaken, der aber nicht rechtzeitig losgelassen wurde. Als sie sich zu dem Schutzhaken zurückbeugen, um die Ursache festzustellen, explodierte plötzlich die Ladung. Der eine Bergmann erlitt so schwere Verletzungen, daß er alsbald starb. Am dem Ankommen des zweiten wird gemeldet.

Schwerer Einbruch in Mainz

Mainz, 14. Juli. Vorgefunden nach irenigen Einbrecher die Tür im Kellergebäude des Städt. Arbeitsamtes und erbrachen den dort eingemauerten Geldschrank. Es fanden ihnen eine Beute von 16 500 Mark in die Hände.

1000 Tote in Palästina

Der Umfang des Erdbebens, von dem der größte Teil Palästinas heimgegriffen worden ist, und die Opfer, die es gefordert hat, stellen sich als bedeutend größer heraus, als man zunächst angenommen hat. Die Gesamtzahl der Todesopfer wird bereits mit über 1000 angegeben. Am meisten gelitten hat anscheinend Haifa, das die Sichern der Bäder, wo mit etwa 300 Toten gerechnet wird. In der hochbebauten Stadt sind mehrere Häuser eingestürzt, darunter auch der Bazar, und haben viele Leute unter sich begraben. Die Rettungsarbeiten sind zunächst nahezu unmöglich, da die Gefahr besteht, daß weitere Häuser dabei einstürzen. Schwer betroffen wurde auch die Grenzstadt Haifa, wo ebenfalls die meisten Häuser zerstört worden sind. Die Zahl der Toten soll in Haifa über 100 betragen. Aus Haifa, wo die große Moschee einstürzte, werden sogar 300 Todesopfer gemeldet; 50 Bewohner der Moschee und 2 Priester wurden unter den Trümmern begraben. Schwer heimgegriffen wurden auch die Orte Judda und Ramleh, wo je 100 Tote zu verzeichnen sind. In Jerusalem selbst rechnet man mit 10 bis 20 Toten. Viele

hervorragende Gebäude der Stadt weisen schwere Beschädigungen auf. Außer dem Regierungsgebäude hat vor allem die berühmte Omar-Moschee, eine der Hauptmoscheen des Islam, die sich an der Stelle des einstigen salomonischen Tempels erhebt, schweren Schaden erlitten. Auch die jüdische Universität ist stark in Mitleidenschaft gezogen worden. In Jericho stürzte ein Hotel ein und begrub 9 Personen unter den Trümmern. Die Zahl der Verwundeten beträgt insgesamt etwa 2000. Bei der Mehrzahl der Opfer handelt es sich um Arbeiter, deren häusliche Häuser den Erschütterungen nicht standhielten. Verhältnismäßig wenig gelitten haben die neuen jüdischen Siedlungen. Ein Erdbeben von diesem Ausmaße hat Palästina in den letzten 1200 bis 2000 Jahren nicht mehr erlebt. Geringe Erderschütterungen außerdem innerer Verbiegungen kommen zwar häufiger vor, zumal es sich bei dem Gebiet des Toten Meeres um einen vulkanischen Ursprung handelt, dessen Ausbrüche einst Sodom und Gomorra zum Opfer gefallen sind.

Karlsruher Polizeibericht

Beim Transport eines geladenen Flobertaehres (siehe Nr. 6. ds. Mts. ein Student im Treppenhaus seiner elterlichen Wohnung in Langenbrücken mit dem Kolben an die Treppe, wodurch sich das Gewehr entlud. Der Student erlitt einen Schuss in den linken Unterarm und fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus hier.

Unfall. Beim Spielen (Brang am Mittwoch nachmittags) auf dem Sternberg- und Eisensteinstraße ein sechsjähriger Knabe unter einem Lastkraftwagen. Glücklicherweise wurde das Kind nicht lebensgefährlich verletzt.

Autobrand. In der Hauptstraße in Durlach geriet gestern nachmittags ein Lieferungsauto in Brand. Das Feuer konnte durch Abdecken des Wagens mit Tüchern gelöscht werden.

Unfall. Auf der Landstraße zwischen Aue und Karlsruhe wurde am Mittwoch nachmittags ein Einmannkraftwagen von einem Lastkraftwagen mit solcher Wucht angefahren, daß die beiden Insassen des Kleinwagens, ein Landwirt aus Aue und seine Ehefrau, vom Wagen geschleudert wurden. Der Landwirt erlitt eine Rückenverletzung, die Frau trug Hautabrisse am Kopf und Bein davon.

Festgenommen wurden: Ein Bader von Bamberg, der vom Amtsgericht Schweinfurt wegen Diebstahls gesucht wurde, ein Arbeiter von hier, und ein Korbmacher von Mülheim, die zum Strafvollzug ausgewiesen waren, ferner 6 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Die Wetterlage

Infolge geringen Druckunterschiedes über Europa, die eine einheitliche Strömung nicht aufkommen läßt, verurteilen kleinere Teilströme bei uns gestern vielfach Gewitter, die stellenweise mit Regen auftraten. Da noch keine Anzeichen für eine durchgreifende Druckumlagerung über Europa vorhanden sind, müssen wir weiterhin mit Gewitterbildungen rechnen.

Vorausprognose Witterung für Samstag, den 16. Juli: Keine Veränderung des bestehenden Witterungscharakters.

Sport

Turnspiel-Vorhau. (Kaffeehaus.) Auf dem Turnplatz in Durlach finden am kommenden Sonntag den 17. Juli, nachmittags halb 3 Uhr, zwei wichtige Treffen statt, die zweifelslos sämtliche Turnspieler und deren Anhänger interessieren werden. Die zweiten Mannschaften kämpfen um die Bezirksmeisterschaft, vertreten durch Karlsruhe-Süd und Gröbningen. Hiernach treffen sich zum ersten Mal in unserem Bezirk Kusovadimannschaften der drei verschiedenen Kreise, um ihre Kräfte gegenseitig zu messen und vor allem agitatorisch für unsere Turnbewegung zu wirken. Die Aufstellung der Spieler ist so getroffen, daß mit größtmöglicher Sicherheit werden kann. Die Wettkämpfe sind durch folgende Spieler vertreten: Abteilung 1: Aue (Mühlburg), Badener (Gröbningen), Weinacker (Durlach), Jüngling (Durlach), Ruff (Gröbningen), Meisen, Runkel (Gröbningen), Vater (Mühlburg), Wals (Gröbningen). Erster: Sauter (Mühlburg), Tritot (Mühlburg), Abteilung 2: Aue (Weinacker), Mühlburg (Mühlburg), Coblenz (Süd), Nadel (Mühlburg), Mühlburg (Mühlburg), Badener (Gröbningen), Coblenz (Gröbningen), Weinacker (Mühlburg), Deutsch (Mühlburg), Gröbningen (Mühlburg), Erster: Türl Erich (Mühlburg), Türl Erich (Mühlburg).

Veranstaltungen des heutigen Tages

Konzerthaus (Wiener Operette): „Die Sirtusprinzessin.“ 7.45 Uhr. Pro. Konzerthaus für Musik: Prüfungskonzert im kleinen Saal der Festhalle. 8 Uhr. Festabend: Liebeslied; Amor in der Straßenbahn. Palast-Theater: Hüte euch vor den Frauen; Südi bei der Maria; Woggenhau. Weltkino: Der Herr des Todes; Weisprogramm. Schreierhaus: Georg Schöpflin o. Dreijährige Verlobung; Welt, Weltlichkeit, Menschlichkeit, Vorkundschichten, Gewerkschaften, Was aller Welt, Letzte Nachrichten Herrn aus Aabel; Juchat Dahn, Zwanzigste, Gemeindepollitz, Was Mühlburg, Kleine böhische Chronik aus der Stadt Durlach, Dürer und Michel, Kunst und Wissen, Geschichtliche, Markt und Handel Hermann Winter; Sport und Spiel, Sozialistischer Jugendklub, Heimat und Wandern, Sozialistische Rundschau, Gewerkschaftsbewegung, Karlsruher Chronik, Durlacher Zeitung, Durlacher Zeitung für den Einzelnen, Durlacher Arbeiter o. Ähnliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden o. Durlach; Verlagsgesellschaft Durlacher Freund G. m. b. H. Karlsruhe

Daß jeder Bauer sein **Fluhr im Topf** habe, war ein Wunsch und allen Ohren wohlthuender Ausspruch Heinrichs IV. von Frankreich. Als kluger Mann wußte er, wie er sich die Gunst seines Volkes erringen konnte. Wie ganz anders könnte heute ein Staatsmann sich die Zuneigung seiner Volksgenossen erwerben, wenn er die Parole ausgeben würde: Jedem täglich ein Karton **Greiling** Auslese zu 5[⁄] oder Juwel zu 6[⁄] Diese vorzüglichen Marken, aus den besten türkischen und macedonischen Tabaken hergestellt, haben die Eigenschaft, die Charaktere auszugleichen, Intelligenz und Besonnenheit zu wecken. Sie sind für das Wohl des Staates, wie der Staatsmänner von außergewöhnlicher Bedeutung und geschaffen, einen allgemeinen paradiesischen Zustand zu verbreiten.



Sie staunen
über die billigen Preise und
grosse Auswahl aller Arten von
Schuhwaren
Aeusserst günstige **Gelegenheitsposten**
Beachten Sie unsere 3 Schaufenster
Schuhhaus Badenia nur
Kriegsstr. 72 d. Mendelssohnpl.
W. Hacker.

Die Geolog. Ausstellung
des Touristenvereins „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Ettlingen ist geöffnet:
Werktag von abends 6-8 Uhr, Sonntag von
vormittags 11 bis abends 7 Uhr.
Einführende Vorträge: Werktag abends 6 Uhr
Sonntag 11, 3 und 5 Uhr.
Für Schulen und Vereine werden auf Wunsch
besondere Besuchszeiten festgelegt.

Große
Gelegenheits-Posten
in
Strumpfwaren
gelangen ab Freitag, den 15. Juli
zum Verkauf

- Damenstrümpfe farbig, verstärkte Ferse und Spitze 0.40
- Damenstrümpfe farbig, Seidengriff, Doppelsohle und Hochferse 0.60
- Damenstrümpfe la Mako, schwarz und farbig, Doppelsohle und Hochferse 0.90
- Damenstrümpfe Kunstseide, farbig, mit Naht 0.90
- Damenstrümpfe la Seidenflor, schwarz u. farbig, feinmaschig 1.60
- Damenstrümpfe Waschseide, farbig 2.50
- Damenstrümpfe Bemberg-Seide, schwarz und farbig 3.75
- Kinderstrümpfe schwarz u. farbig, Gr. 1 von 0.40
- Kindersöckchen farb., m. Wollrand, Gr. 1 von 0.40
- Kniestrümpfe farbig, m. bunt. Rand, Gr. 3 von 0.75
- Herrensocken Baumwolle, farbig 0.55
- Herrensocken Jacquardmuster 0.95
- Schweißsocken grau, makofarbig 0.75
- Herrensocken mit Kunstseide, farbig 1.25
- Herrenstutzen Wolle, mit farbigem Rand 1.95
- Herrenstutzen mit Fuß, reine Wolle 4.75

Residenz Lichtspiele Waldstraße
Heute Freitag!
Der Film, den sich ganz Karlsruhe ansehen wird!
Liebelei
Nach dem bekannten Schauspiel von Arthur Schnitzler
In alle Kultursprachen übersetzt, über unzählige
Bühnen gegangen, hat es die Herzen von Mil-
lionen Menschen gerührt.
In den Hauptrollen:
Evelyn Holt, Louis Lerch, Vivian Gibson, Henry Stuart,
Jaro Firth u. a.
Evelin Holt
die entzückende Hauptdarstellerin.
Liebelei gehört zu jener Art von Filmen,
die ihrer Wirkung darum sicher
sind, weil sie mit den Augen des Volkes gesehen
sind und zum empfänglichen Herzen aller Kino-
besucher sprechen. Ohne Uebertreibung, mit
Ehrlichkeit, mit Hingebung und Liebe ist dieser Film
geschaffen worden; seine Tendenz aber besitzt
ewige Gültigkeit,
weil sie alljährlich und wahr ist.
Die Tages- u. Fachpresse ist restlos begeistert:
Filmkrieger: Man kann nur sagen: Selten
hat ein populärer Film so unmittelbar gewirkt.
Mit reinen Mitteln erzielt man eine reine Wir-
kung. Das Publikum war erschüttert, es
konnte sich der Tränen nicht erwehren . . .
E. Z. am Montag: Der Belfall war stark und
ehrlieh, stellenweise herrschte tränenvolle Er-
griffenheit . . .
Lichtbildbühne: Alles in Allem ein aus-
gezeichnete Film . . .
Amor in der Straßenbahn.
Aktuelle und schnellste In- und Auslands-Wochen-
berichte.

Operette im Konzerthaus
Heute 7 1/2 Uhr, zum 1. Male, die große Revue-Operette
Die Zirkusprinzessin.
Karten bei: Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Werderstr., Brunner,
Kaiserallee, Verkehrsverein Rathaus, Konzerthauskasse und tele-
phonisch 7260 zu Mk. 1.50-5.50 - Morgen: Die Zirkusprinzessin.
Palast-Lichtspiele
Herrenstr. 11 Telef. 2502
Heute und folgende Tage!
Der neue Groß-Film der Warner Bros. Produktion:
Hütet Euch
vor den Frauen!
(Die Tragödie der Brüder Orloff)
Ein Gesellschafts-Drama voller Sensationen
Hauptdarsteller:
Pauline Garon und Lowell Sherman
Bubi bei der Marine
Lustspiel in 2 Akten
Ufa-Wochenschau Nr. 29
Interessantes aus der Walachei

SCHWOLLER
Verein für Bewegungsspiele
Karlsruhe 5780
Sportplatz an d. beröhr. Nordstr., Straßenbahn-Ü.
Samstag, 16. Juli 1927
abends halb 9 Uhr
Sommerfest!

Plakate
aller Art liefert rasch
und billig
Verlagsdruckerei
Volkstreuend G.m.b.H.
Waldstr. 28, Tel. 7090

**Verband der Lebensmittel- u. Getränke-
Arbeiter Deutschlands**
Ortsgruppe Karlsruhe.
Einladung zur
Quartals-Versammlung
am Sonntag, den 17. Juli, vormittags 10 Uhr
im Volkshaus, Schützenstraße 16.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1927 und Bericht
der Revisoren.
2. Stellungnahme zum Verschmelzungsstatut.
3. Anträge zum Verbandstag in Leipzig.
4. Die Vereinbarungen über das Arbeitszeit-
gesetz und Arbeitsgericht.
5. Aufstellung der Delegation zum Tarifschiedsgericht
6. Stiftungsfest.
7. Verschiedenes.
Kollegen! So wichtige Organisationsfragen,
wie in dieser Versammlung, haben wir schon lange
nicht mehr beschäftigt. Wir erwarten daher ein
pünktliches und vollständiges Erscheinen aller dien-
stfreien Mitglieder, um die umfangreiche Tages-
ordnung rechtzeitig erledigen zu können.
Der Vorstand.

Vom 16. bis 18. Juli
in der **Städtischen**
Ausstellungshalle
**Geflügel-
Kaninchen- u.
Tauben-
Ausstellung**
Glückshafen 5773
Eintritt 50 Pfg. Eintritt 50 Pfg.

STADTGARTEN
Samstag, den 16. Juli, nachmittags von 3 1/2-6 Uhr:
Konzert der Feuerwehr-Kapelle
Besuche nur die Veranstaltungen,
zu denen Du auch geladen bist!
Wer nicht in deinem Blatt inseriert,
verzichtet auch auf Deinen Besuch!
Immer daran denken,
niemals es vergessen!

Pfannkuch
Abschlag!
Frisch eingetroffen
Große Posten
Bananen
schöne gelbe Früchte
5 Pfund **50** Pfg.
Inland-Kartoffeln
5 Pfund **30** Pfg.
Italien. Kartoffeln
5 Pfund **45** Pfg.
Inland-Zwiebel
5 Pfund **30** Pfg.
Ital. u. Malta-zwiebel
5 Pfund **40** Pfg.
Tomaten 5 Pfund **25** Pfg.
Pfannkuch

Männer-Gesangverein
Durlach.
Am Sonntag, den 17. Juli, nach-
mittags von 2 Uhr an findet im
Wittnerwald, an der Waldeck, unser
Waldfest
verbunden mit Musik, Gesang etc. statt,
wozu wir unsere Mitglieder nebst fami-
lienangehörigen, die verehrlichen Vereine
sowie die Durlacher Einwohnerschaft
freundlichst einladen. Für Speisen und
Getränke ist reichlich gesorgt.
Um vollständige Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Verlobungsringe
aus massivem Gold, das Paar von 4.12.- an, empfiehlt
Chr. Fränkle, Goldschmied, Karlsruhe
Kaiserhofpassage

**Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
Einzel-Möbel etc.**
in bekannt guter Arbeit zu mäßigen
Preisen. Reiche Auswahl. Jahrelange
Garantie. - Zahlungsvereinfachung.
Freie Lieferung für Baden u. die Pralz.
Möbelhaus K. Epple
Steinstraße 6
Haltestelle der Straßenbahn am
Mendelssohnplatz. 5770

Für jeden Beruf das erforderl. Bekleidungsstück
Nur altbewährte Qualitäten! Vorzögl. Paßformen! Erstkl. Näharbeit!
finden Sie nur bei
52 H. WEINTRAUB 52
Kronenstr. Tel. 3747 Kronenstr.

Soz. Partei Durlach-Aue
Am Freitag, den 15. Juli 1927, abends
pünktlich 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“
Partei-Versammlung
Referat über Kommunalpolitik.
Referent: Stadtrat Dahn.
Vollständiges Erscheinen dringend erforderlich
Der Vorstand.